

# Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 M., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

München, 2. November 1895.

Inserate die viergespaltene Zeitzeile oder deren Raum 20 M. Redaktion und Expedition: München, Weizenstraße Nr. 12.

**Inhalt:** Arbeiter als Gewerbe-Inspektoren. — Maschinenbau und Säugvorrichtungen. — Die Gewerkschaftsbewegung und die politischen Parteien. — Genilleton: Auf dem Made. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Die Lohnbewegung im englischen Schiffbau. — Die Dirsch-Dunder'schen Gewerksvereine als Gegner der Arbeitsämter. — Technisches. — Gerichtszeitung. — Vermischtes. — Literarisches. — Urtheile.

zahlen „darf“, weil er ja nachgebrungen das Meiste von den Produkten konsumieren muß, welche von der höchsten Steuer, dem höchsten Zoll getroffen sind.

Man hat den Nachwuchs des Arbeiters auch mit der sehr vernünftigen Einrichtung der allgemeinen Schulpflicht beglückt, aber man hat zugleich nicht nur dafür gesorgt, daß der Arbeiter — einige wenige Kommunen ausgenommen — die verhältnismäßig hohen Kosten für die ganz und gar unzureichende Volksschulbildung und die dazu nötigen Lehrmittel aus eigener Tasche zu zahlen hat, sondern auch dafür, daß das Proletariat nicht gar nicht oder nur in ganz ausnahmeweisen Fällen in die höheren Schulen aufsteigen und dort seinen oft gar nicht unbedeutenden Anlagen gemäß ausgebildet werden kann.

In den letzten Jahren ist eine Reihe sogenannter Sozialgesetze geschaffen worden; Gesetze, welche eine Wohlfahrt für den Arbeiter sein sollen, die direkt auf ihn und seine Verhältnisse und Bedürfnisse zugeschnitten wurden — nur schade, daß vor dem Zuschneiden dem, für den sie bestimmt waren, kein Maß genommen wurde und keine Anprobe stattfand, so daß er die fertige Waare, die rechte Konfektionsarbeit geworden ist, in ihrem verpfuschten Zustand auf dem Leibe tragen muß, die Rechnung dafür aber nicht restituieren kann. Zur Ausführung dieser vielgerühmten Gesetze sind eine große Anzahl von Stellen notwendig geworden, die, wenn die Maschinerie richtig funktionieren soll, notwendig mit Angehörigen der Lohnarbeiterklasse besetzt werden müßten. Allein, es ist Niemandem eingefallen, dies durchzuführen und diejenigen, denen der Gedanke etwa gekommen wäre, haben sich wohl gehütet, ihn anzusprechen, um sich keiner Regerei gegen ihre Klassengenossen schuldig zu machen. Und wo die Arbeiter und ihre beruflichen Vertreter es ausgesprochen und diese minimalen Billigkeitsforderungen aufgestellt haben, da hat man ihnen entgegen gesetzt, daß sie dazu weder berufen noch befähigt seien, sondern daß zu solchen Aemtern Leute nötig, welche „etwas gelernt“, welche „theoretisch gebildet“ seien. Das sieht man bekanntlich auch stets den Arbeiterkandidaturen für Gemeindevorstände, Landes- und sonstige Vertretungskörper entgegen, obwohl sich noch immer herausgestellt hat und bei jeder Gelegenheit sich wieder heranzustellen, welche außerordentlich nützliche Elemente gerade Leute, die aus der Lohnarbeiterklasse hervorgegangen oder ihr noch angehören, in den genannten Körpern sind.

Man hat die Arbeiterklasse in der verschiedensten Weise und bei allen erdenklichen Gelegenheiten — theils auf politischen Konferenzen, Parteitagen der Sozialdemokratie, theils auf Generalversammlungen von gewerkschaftlichen Verbänden und in gesetzgebenden Körpern selbst — die Forderung erhoben, daß zur Ausbildung des Fabrik- und Gewerbeinspektors nicht lediglich sogenannte akademisch gebildete Personen, oder solche,

die auf höheren technischen Schulen ihre Ausbildung empfangen haben, verwendet werden sollen, sondern daß auch Arbeiter, die in praktischen Fragen tüchtig bewandert sind und das, was der Inspektor wissen muß, am eigenen Leibe erfahren haben, dazu herangezogen werden.

Dieser Forderung ergeht es vorläufig noch so wie der mit ihr einigermassen verwandten auf Anstellung von weiblichen Inspektoren für Betriebe, in denen vorwiegend weibliche „Hände“ beschäftigt werden. Obwohl in Amerika und in England sich das System, weibliche Inspektionsbeamte zu verwenden, längst vortrefflich bewährt hat und dort successive immer mehr Beamtinnen herangezogen werden, will man doch in dem politisch-kapitalistisch verzerrten Deutschland von dieser vortrefflichen Einrichtung noch lange nichts wissen. Aus „sittlichen“ Gründen sogar will man darauf nicht eingehen! Für dieselben Gründe aber, die hinter solche faule Ansichten sich verstecken, widerspricht es durchaus nicht ihrer immer heuchlerisch hervorgekehrten „Sittlichkeit“, immer mehr und mehr weibliche Arbeitskräfte in die Fabriken zu locken und sie dort kräftig auszubilden. Und es liegt doch auf der Hand, daß durch die immer massenhaftere Einbeziehung des weiblichen Elements in die verschiedensten Arbeitszweige der Industrie Zustände geschaffen werden, in die ein männlicher Beamter niemals klaren Einblick bekommen wird, weil die allermeisten Angehörigen des anderen Geschlechts sich scheuen, all' das anzupreisen einem Mann gegenüber, worüber sie von Augensicht zu Augensicht mit einer Inspektorin kein Hehl machen würden. Aber es ist eben die tiefgewurzelte verrottete Anschauung der deutschen reaktionären Bürokratie, daß das Weib sich um „öffentliche Angelegenheiten“ — wozu nach einem Verfassungsverbot zu schließen, der kgl. bayerische Bezirksamtmann der Industriestadt Jülich auch die Krüge oder längere Mittagspause in Fabriken zählt — nichts zu kümmern habe, welche der Forderung, weibliche Beamte anzustellen, noch so thurmhohe Schwierigkeiten bereitet. Alles, was nur entfernt nach einer Gleichstellung der Frauen mit den männlichen Staatsangehörigen aussieht, muß im Keime erstickt werden.

Und ebenso muß Alles unterdrückt werden, was zu einer wirklichen Gleichstellung des Arbeiters mit den übrigen Gesellschaftsgliedern führen könnte. Ein Arbeiter Gewerbe-Inspektor! Welche Zumutung! Ein Individuum, welchem man, so lange es in seinen überreichen Arbeitskleidern steckt, sogar besondere „Abtheile“ im Eisenbahnwagen anweisen muß, damit die feinen Nasen der „besseren“ Gesellschaft durch diesen fatalen Geruch nicht belästigt werden!

Selbstredend gesteht „man“ diesen Grund nicht zu. Aber es ist ein anderes soziales Moment, welches man in erster Linie gegen den Arbeiter vorschleibt. Der Arbeiter ist Partei! Der Gewerbeinspektor muß ein unparteiischer Mann

sein, der gerecht nach beiden Seiten abwägt und nicht „einseitig“ die Interessen der Arbeiter gegen die der ohnehin so „bedrückten“, durch die Kosten der Sozialreform „schon betasteten“ Unternehmer stellt.

Nichts ist jedoch falscher, als gerade diese Begründung. Der Fabrik- und Gewerbe-Inspektor soll kein „unparteiischer“ Mann im laubläufigen Sinne sein; er ist da, um die Gesetze zu vollziehen, oder doch mindestens zu wahren, die zum Tzunge des Lohnarbeiters gemacht sind, bis zu einem gewissen Grade gegen das Unternehmertum gerichtet sind. König Stamm hat ja sogar schon einmal im Reichstag die Gewerbeordnung ein „Ausnahmegesetz gegen die Arbeitgeber“ genannt. Wenn nun diese Bezeichnung auch eine der bekanntesten ungeheuerlichen Uebertreibungen Stammschen Stils darstellt, so muß doch daran festgehalten werden, daß, wie oben erwähnt, der Inspektor zur Wahrung berechtigter, noch dazu herzlich mageren und bei Welken nicht zureichenden Bestimmungen da ist, die den Arbeiter vor den allernüchternsten Uebergriffen des Kapitalismus schützen sollen.

Wenn aber schon die vorgeschobene „Unparteilichkeit“ Wahrheit sein soll: sind vielleicht die heutigen Inspektoren — sagen wir: in ihrer Mehrzahl, um nicht des ungerechtfertigten Generalistrens beschuldigt zu werden — wirklich solche unparteiische Männer, wie sie den Arbeitern gegenüber als Idealgestalten hingestellt werden? Sind sie nicht vielmehr Fleisch vom Fleische der Bourgeoisie, Wein vom Wein des Unternehmertums? Sind sie nicht, hervorgegangen meist aus Familien der besitzenden Klassen, aufgezogen gänzlich im Denken und Fühlen der ausbeutenden Kreise, naturgemäß wenig in Anschauungen befangen, welche denen der Arbeiter oft diametral entgegenstehen? Abnuen sie nicht oft für Dinge, die der Arbeiter als schwere gesellschaftliche Zurücksetzung, als schlechte Behandlung empfindet, gar kein Gefühl haben? Werden sie nicht vielfach geneigt sein, nach den ihnen beigebrachten Lehren manche durchaus berechtigte Klage der Arbeiter als Uebertreibung, als gehässige Verächtlichung „der guten Arbeitgeber“ anzusehen? Werden sie nicht Dinge, welche der Arbeiter als eine Last, als einen ungerechtfertigten Zwang empfindet, für eine „Wohlfahrtseinrichtung“ ansehen?

Der aus der Bourgeoisie hervorgegangene, theoretisch gebildete Inspektionsbeamte ist also mindestens in demselben Grade Partei wie der dem Arbeiterstande entnommene Praktiker, in dem man unter allen Umständen den Sozialdemokraten + wittert und den man schon aus diesem Grunde nicht haben will. Von jener schönen Eigenschaft absoluter Unparteilichkeit könnte demnach im Klassenstaat, in welchem sich die zwei Lager — Kapitalisten und Proletariat — gegenüberstehen, überhaupt keine Rede sein. Und wenn, oder richtiger, weil dem so ist, hat man auch kein Recht, das In-

## Zur Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten: Nach **Berlin**, (Telephonbauanstalt von Welles, Elsbethufer); von **Fellenhauern** nach **Durlach** (Flößer), **Erfurt** und **Magdeburg** (Fellenfabrik von Gebrüder Ufer); von **Bauschlossern** nach **Kassel** und **Freiburg i. B.**; von **Drehern u. Schlossern** nach **Wannheim** (Reuling); von **Formern** von **Zeitz** (Gießerei, Aktiengesellschaft); von **Schlossern und Maschinenarbeitern** nach **Marhus** und **Kopenhagen** (Dänemark); von **Emaillirarbeitern** nach **Brünn**, **Rüttelsfeld** und **St. Michael**.

## Arbeiter als Gewerbe-Inspektoren.

Es gibt Gesellschaftskreise, in denen es als eine „Annäherung ohne Gleichen“ nicht bloß bezeichnet, sondern tatsächlich empfunden wird, wenn die Arbeiter verlangen, als in allen Dingen gleichberechtigte Gesellschaftsangehörige angesehen und behandelt zu werden.

Man hat aus Gründen, die wir hier nicht zu erörtern brauchen, dem Arbeiter das sogenannte „allgemeine“ und „gleiche“ Wahlrecht zum Reichstag gegeben, so daß er sich als vollberechtigter Staatsbürger fühlen könnte, wenn nicht sein „Arbeitgeber“, d. h. Derjenige, dem er den Vertrag seiner Arbeit zu geben hat, von ihm verlangte, daß er ihn nicht bloß seine Arbeitskraft, sondern auch seine politisch-wirtschaftliche Gesinnung, resp. die Betätigung derselben für den Lohn von täglich fünfzehn oder zwanzig oder dreißig Markelgroßen verkaufe. Es ist bekanntlich sogar im Reichstage von kapitalistischer, namentlich freikonservativer Seite ganz unbedenklich ausgesprochen worden, daß etwas Derartiges einfach selbstverständlich sei. Denn es gehe ganz unumgänglich an, daß der Arbeiter, der eben „nur“ ein Arbeiter ist, andere politische Gesinnungen, andere wirtschaftliche Interessen, als sie sein „Herr“ für angemessen hält, zur Geltung zu bringen suche.

Aus Gründen, die mit Händen zu greifen sind, hat man den Arbeiter nicht bloß in Bezug auf die direkte Steuer den übrigen „Ständen“, d. h. den nichtproduktiven Gesellschaftsklassen gleichgestellt, so daß er für sein Meßchen ärmerliches Einkommen eine im Vergleich zu den Verpflichtungen der „höheren“ Gesellschaftsklassen sehr hohe Einkommensteuer zu zahlen hat, sondern man hat dafür gesorgt, daß er auch den Löwenantheil an den indirekten Abgaben



Inspektionspersonal lediglich her einen, der herrschenden Klasse zu entnehmen. Da wäre es doch immer noch hundertmal gerechter, die mit weniger Rechten ausgestatteten und wirtschaftlich Schwächeren ihre Schutzmanschaften selber und allein aus ihren Reihen wählen zu lassen.

Aber so weit geht die Arbeiterschaft gar nicht, schon deshalb nicht, weil sie gut genug weiß, daß sie in der heutigen Gesellschaft zu solch idealem Zustande doch nicht gelangen kann und sich daher zunächst auf das Erreichbare einzurichten muß. Sie verlangt daher, daß neben den staatlich ernannten, aus den Beamtenkreisen hervorgehenden Inspektoren Arbeiter, gewählt von den Arbeitern, herangezogen werden, welche zunächst als Assistenten der Gewerbeämter Verwendung finden, um allerdings auch, wenn sie sich bewähren, zu wirklichen Inspektoren aufzusteigen und allmählich das ganze Inspektionspersonal zu bilden.

Man braucht dabei gar keine so große Angst zu haben, daß diese Aufsichtsbearbeiter ihren Genossen, da wo diese nicht im Rechte sind, etwa durch die Finger sehen würden. Die sozialdemokratischen Angehörigen der Gewerbeämter, der Arbeiterausschüsse, die Verwaltungsmitglieder und Kontrolleure der Krankenkassen zc. haben noch allzeit bewiesen, daß sie streng gerecht vorgehen und mit Gewissenhaftigkeit ihres Amtes walten.

Der weitans größte Werth solcher Aufsichtsbearbeiter aber liegt in ihrer eminenten praktischen Erfahrung. Sie sind in alle die zahlreichen Werkstattseelen eingeweiht, die von Fabrikanten und deren Werkmeistern, von letzteren meistens mehr als von ersteren, getrieben werden, um die Inspektoren zu täuschen; sie kennen alle jene Hintertreppen und Hintertüren, mittelst deren die Umgehungen der Schutzbestimmungen praktiziert werden. Wo man dem Herrn Gewerbeamt noch ein X für ein U machen kann, da hat der Arbeiter längst das U. und das Z entdeckt, auch weiß er auf den ersten Blick, wo eine Schutzvorrichtung anzubringen, eine unzumuthige zu beseitigen oder zu ändern ist. Ganz abgesehen davon, daß beim Vorhandensein solcher Nebenorgane weniger angesagte, mehr unangemeldete Revisionen stattfinden würden und manches — gemeinsame Feindschaft unterbliebe. Auch versteht er die Sprache der Arbeiter, die „innere und äußere“ mächten wir sagen, besser als sein „akademischer“

Kollege und würde durch alle diese Eigenschaften unstreitig weit mehr als die meisten der heutigen Inspektoren in der Lage sein, dem ganzen Inspektionsamt Vertrauen der Arbeiter zu erwerben.

Gegenwärtig nimmt man zu den in einigen Städten vorhandenen Inspektions-Assistenten subalterne Polizeiorgane, so z. B. in direkten Industriestädten Bayerns. Diese legen ihr Augenmerk vorwiegend darauf, nachzusehen, ob die Arbeitsordnung an sichtbarer Stelle hängt, ob die Zahl der noch nicht 16 Jahre alten Lehrlinge auf der Tabelle richtig angegeben ist, ob die Frühlingspause eingehalten wird. Damit ist ihre Thätigkeit meist erschöpft. Vom technischen Betriebe haben diese ehemaligen Unteroffiziere, wenn sie nicht zufällig selbst ein Gewerbe erlernt hatten oder gar von derselben Branche sind, die in dem zu revolvirenden Betriebe vertreten ist, meistens keine Ahnung. Manchmal haben sie auch gar nicht den Trieb in sich, den Herrn Stadtrat, dessen Fähr sie beschlügen, auf eine entdeckte „Unbebeiligkeit“ aufmerksam zu machen oder gar ihn anzuzugehen.

Andererseits der mitten aus dem industriellen Leben herausgenommene Arbeiter. Er sieht, wo es fehlt und verschließt auch die Augen nicht dagegen. Und ihm vertrauen auch die Arbeiter ihre Beschwerden rückhaltlos an. Sollte man etwa gerade wegen dieser Eigenschaften die proletarisch-kritischen praktischen Assistenten nicht wünschen?

Dann müssen wir sie gerade deshalb um so energischer fordern. Wir wollen Arbeiter als Gewerbe-Inspektoren.

### Maschinenbau und Schutzvorrichtungen.

u. In unserer kürzlichen Behandlung der Unfallverhütung in der sächsischen Metallindustrie\*) gaben wir die Klage des Annaberger Fabrikinspektors Grundwieder, der den Maschinenfabriken den Vorwurf macht, daß sie sich bei der Herstellung von Maschinen, Transmissionsen zc. noch so wenig an die Unfallverhütungsvorschriften hielten und durch allerlei Unzulänglichkeiten die Unternehmer in Verlegenheit brächten.

Daß es sich bei dieser Auflage nicht um belanglose Kleinigkeiten handelte, zeigte die als Beispiel veröffentlichte, kaum glaubliche Verirrung eines Maschinenfabrikanten, der 15—20 Cm. lange Gasrohre als Ölbehälter in die Riemen-

\*) Nr. 38 der „D. Metallarb.-Ztg.“

schleiben eingeschraubt hatte und diese Schmiergefäße mit hermscheuern ließ. Indes, wenn wir auch zur Ehre des Annaberger betrachten wollen, so befehlen uns doch die übrigen zahlreichen Mängel, die gewöhnlich erst nach Eintritt von Unfällen konstatiert und gerügt werden, daß die Praxis der Maschinenfabriken durchaus nicht immer den Unfallverhütungsvorschriften Rechnung trägt, und nicht zum Wenigsten tragen gerade jene „Kleinigkeiten“, wie vorstehende Keilnuten, Stellungschrauben, Schraubenköpfe u. dgl., deren Vermeidung die Kosten der Maschinen keinesfalls beeinflusst haben würde, die direkte Schuld an vielen näher beschriebenen Unfällen.

Wenn wir darnach der obigen Klage ihre Veranschaulichung nicht versagen können, so liegt es uns völlig fern, die Betriebsbesitzer und Leiter von der Verantwortlichkeit für die in ihren Betrieben verwendeten mechanischen Einrichtungen entlasten zu wollen, da diese sich nach wie vor in erster Linie um die Betriebssicherheit ihrer Anlagen zu kümmern haben; wer nicht einmal die minimalsten Sicherheitsvorschriften, wie sie die Unfallberufsgenossenschaften für jeden maschinellen Betrieb erlassen, im Kopfe behalten kann, der mag sich einen mit der Technik besser vertrauten Betriebsführer einstellen oder seine Vorzugsstellung als Unternehmer, die ihm auch Wächtern aufgelegt, aufgeben. Indes wächst der technische Fortschritt oft genug der individuellen Fachbildung über den Kopf, und so gehört bei den stetig nachdrängenden Neukonstruktionen schon ein erhöhtes Maß von Aufmerksamkeit dazu, um neben der Benutzung aller Vortheile der neuen Technik zugleich deren Nachteile zu beseitigen. Und der eine große Nachtheil für die Arbeiter entspringt ja gerade aus dem Hauptvorteil aller technischen Vervollkommnungen, aus der Steigerung des Nutzeffektes; auch dem Arbeiter werden erhöhte Leistungen zugemuthet, denen seine nicht beliebig neu zu konstruirende Arbeitskraft nicht gewachsen ist. Aber von dem Maschinenfabrikanten, der nicht allein den Mechanismus seiner Erzeugnisse genau kennen muß, sondern auch dessen Wirkungen und Leistungsfähigkeit berechnen und prüfen soll, kann man allerdings mit gutem Rechte verlangen, daß er neben der technischen Leistungsfähigkeit auch der technischen Sicherheit Rechnung trägt und zum Mindesten diejenigen Ansprüche erfüllt, welche Gesetz und behördliche

Vorschrift den Betriebsinhabern auferlegen, auch wenn die gesetzlichen Vorschriften nicht an ihre besondere Adresse gerichtet sind.

Auch der Jahresbericht der preussischen Gewerbeämter für 1894 enthält eine Reihe ähnlicher Anklagen, die uns Veranlassung bieten, diesem Thema unsere besondere Betrachtung zu widmen. So berichtet der Gewerbeamt für Westpreußen auf S. 27 des Bandes: „Der Gewerbeinspektor für Marienwerder schreibt: Die Schuld an der Mangelhaftigkeit der Schutzvorrichtungen an Maschinen tragen vielfach die Lieferanten der Spezialmaschinen. Bei diesen Fabrikanten muß ein erhöhtes Verständnis für die Nothwendigkeit und eingehende Wirksamkeit der Zweckmäßigkeit der Schutzvorrichtungen vorausgesetzt werden. Sie sind deshalb in der Lage, stets die neuesten und bewährtesten Vorrichtungen anzubringen und hierdurch vorbildlich zu wirken.“ Wobei der Herr Gewerbeamt hinzusetzt: „Für das Gesamtergebnis der Unfallverhütung darf indessen hiervon nicht zu viel erwartet werden, da die Ursachen der Unfälle zum allergeringsten Theile in der Mangelhaftigkeit der Schutzvorrichtungen zu suchen sind. Gleichwohl ist es eine wichtige Aufgabe staatlicher Fürsorge, darauf zu sehen, daß der jetzige Zustand erhalten bleibt, womöglich verbessert wird, (d. h., daß es mit den Schutzvorrichtungen nicht von Jahr zu Jahr schlechter wird) und daß in jedem Falle eingegriffen wird, wo der Mangel an Schutzvorrichtungen oder ihre Beschaffenheit hierzu nöthigt.“

Leider entbehrt die preussische Gewerbeinspektion sowohl der Unfallstatistik, als auch einer übersichtlichen Zusammenstellung der Unfallverhütungstätigkeit der Beamten, wie sie z. B. die sächsische Gewerbeinspektion gibt; erst für das laufende Jahr ist eine solche Erweiterung für die erstere in Aussicht genommen, wobei jedoch wiederum die Unfallverhütung außer Rücksicht bleibt, wie das vom Handelsminister vorgeschriebene Formular in Anlage 16 des Bandes erkennen läßt. Wenn nun auch der Gewerbeamt für Westpreußen unter nachträglicher Beziehung auf das vorgenannte Formular eine procentuale Uebersicht über die Unfallursachen seines Bezirkes beifügt, so ist darin jedoch noch keine Beweisführung für seine obige Entzückung zu erblicken, da allein 66 Prozent der Unfälle auf die Gefahr des Betriebes an sich zurückgeführt werden und diese summarische Behandlung, deren hohe Zahl schon stübig

### Auf dem Rade.

Zuviel rascher eilt das Jahrhundert seinem Ende zu. Der Zeitgeist, ein unerbittlicher, gefühlloser Glöcker, laugt schon nach dem Strange, um ihm das Jünglingskleidchen zu lüften. Ein kurzes Röckchen noch, und es ist gewesen. Man wird es mit allen Ehren bestatten, die einem so merkwürdigen Säkulum gehören, und man wird ihm einen kühnen Namen geben, der weithin durch die kommenden Geschlechter schallt und ihm in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit seinen Rang sichert. Welcher Art dieser Name sein werde, darf man heute schon fragen. Was sind die besonderen Kennzeichen unseres vielgeprüften, vielgeästerten neunzehnten Jahrhunderts? Nach welchen seiner eigenen Vorgänge oder Fehler wird es benannt werden? Schwerlich nach seinen künstlerischen Bestrebungen. Diese haben ihm auf seine alten Tage mehr Unruhe als heilsame Bewegung mitgetheilt, und wenn bereuht, in fernere Zeit, die wirkliche Nachwelt den künstlerischen Nachlass unseres Jahrhunderts nicht und nicht, so ist es doch sehr fraglich, ob vor ihrem unbestechlichen Auge Alles, was man heute in den Himmel hebt, taublos bestehen wird.

Als von einem Jahrhundert der künstlerischen Wiedergeburt wird man von dem neunzehnten nicht sprechen. Seine glänzendsten Thaten hat es ja bekanntermaßen auf industriellen Gebieten ausgeführt. Die Maschine zu vervollkommen, ihre Wirkung bis zum Wunderbaren zu steigern, die war die ihm überlieferte Aufgabe, welche von ihm in erstaunlich virtuoser Weise gelöst wurde. Mit seinen Maschinen hat das Jahrhundert

den Begriff des Unmöglichen beinahe aus der Welt verbannt. Es hat Berge verlegt, Felsgebirge auseinandergerengt, Meerengen durchstochen, Seen in fruchtbares Erdreich verwandelt, es hat das runde Gesicht unseres Globus nach Belieben und Bedürfnis, ja nach Laune und Willkür verbessert, verflümmert und mit dem Erdball selber gespielt, als wäre er von weichen Wachs. Man hat es das Jahrhundert des Eisens und des Jahrhundert des Papiers genannt, eben weil es mit Hilfe seiner Maschinen den gewaltigsten Stoff händigte und dem schwächsten Stoff Gewalt verlieh.

Rein Jahrhundert hat so viel Papier verfertigt, so viel Eisen verschmiedet, wie dieses neunzehnte mit seinen Rieskanonen, seinen hochaufgestapelten Blüchermarkt, seinen raslos sich erneuernden, auf unendlichem Papier gedruckten Zeitungen. An jeglichem Morgen erdröhnen die Dampfmaschinen, alltäglich geht um die Frühlingsstunde ein ungeheures Rascheln und Knistern durch die ganze Welt, und es fragt sich in der That, ob nicht die Stimme des Eisens überdönt wird von der Stimme des Papiers, ob nicht der mächtige Grundbaß dem durchdringenden, millionenstimmigen Diskant weichen muß. Immerhin hat das Eisen vor dem Papier etwas voraus: Es bringt die Menschen selber zusammen, während das Papier nur die Gedanken vermittelt. Aus Eisen wird das Rad verfertigt, das Rad, welches den Fuß der Sterblichen befähigt, daß sie schneller, leichter, häufiger sich vereinigen können, das Rad, mit dessen Weisheit wir Zeit und Raum besiegen, ohne welches, vorberaubt noch, der Verkehr auf festem Boden kaum denkbar ist. Das Rad ist das

beste Mittel des Verkehrs, das eigentliche Symbol des Jahrhunderts. Seine Macht ruht in demselben Verhältnis, als unsere Kunst der Eisenbearbeitung sich höher bildete. An sich ist es freilich ein armseliges Ding ohne Leben. Es bedarf einer treibenden Kraft, um zu nützen, des Dampfes, des elektrischen Stromes oder auch nur des thierischen Muskels. Aber auch diese Kraft vermag nichts ohne das Rad, bleibt sinnlos und blind, sofern das Rad nicht dem Stoße sein Ziel, der Bewegung ihre Richtung, ihre Geleise verleiht. Wie kunstvoll geschieht dies in unserem Neunzehnten! Wenn es zu Ende gegangen, wird man sagen, es sei das Jahrhundert des Rades gewesen.

Fast jeder Mensch, der Städte zumal und der Großstädte zumal, bringt jetzt die Hälfte seines Tages auf Rädern zu.

Man merkt es kaum, man unth schon ziemlich weit in die Ferne schweifen, um überhaupt das Gefühl eines Ortswechsels zu empfinden. Die Fahrzeit wird natürlich möglichst gut verwendet. Es soll keine verlorenen Zeit sein. Zum Wirbeln will man sein Morgenblatt unterwegs lesen oder den neuesten Roman oder sonst etwas Leichtverdauliches. Anno dazumal, in dem holpernden Postwagen, auf den unebenen Landstraßen war die Fahrt mit Schwierigkeiten verbunden. Auf dem eisernen Schienenwege, wo das Rad so glatt dahinkrollt, geht sie fast ohne Beschwerde von staten. Hier reicht denn auch der Verbrauch von gedrucktem Papier ins Grenzenlose. Ein besonderer Geschäftszweig ist dadurch in der Bahn-Blätterwelt entstanden, die sogenannten Eisenbahn-Blätter. Das Rad hat sie hervorgerufen, und das ist nun allerdings nicht

die rühmlichste seiner Leistungen. Von einer Postwagen-Litteratur hat man nie etwas gehört. Seitdem man sich aber all vor dem Einsteigen geschwind etwas zum Lesen kaufen, die Bahnhöfe sind Buchhandlungen und Bibliotheken geworden, die Waggons dienen als Lesekabinette, und als Buchstaben schaltet man Stationsnamen zwischen die Blätter. Nichtig ist nur bei einbrechender Dunkelheit die allzeit erbärmliche Beleuchtung. Doch gibt es Länder mit elektrisch erhellten Waggons mit Lichtautomaten. Man wirft ein Geldstück in die Oeffnung, und das elektrische Flämmchen springt heraus.

So liest man, so spielt man, so unterhält man sich unglücklich angenehm auf dem rollenden Rade. Doch vor Allem arbeitet man auch. Wie viel Berufsgeschäfte werden heutzutage auf der Eisenbahn erledigt! Man ahnt gar nicht, was für eine bedeutende Rolle im modernen Regentenleben dem Rade zufällt, wie viel unterwegs kleine und „große“ Politik gemacht, wie viel vom Eisenbahnwagen aus „regiert“ wird.

Es muß auch nicht gerade ein Eisenbahnwagen sein, und man braucht auch nicht bis zu den höchsten Spigen der Gesellschaft hinaufzugreifen. Es gibt Berufsstände genug, die sich ohne das Rad nicht ausüben lassen, wäre es auch nur ein Droschkenrad. Ein geluchter und beräthener Arzt, um nur dieses eine Beispiel anzuführen, kommt den ganzen Tag nicht aus seinem Wagen. Und was thut er nicht, wie viel liest und durchblättert er nicht in dem engen rollenden Blätter auf der Fahrt von einem Krankenbesuche zum andern! So ein Wagen, dessen Sitz unter Droschkären und Jackblättern ver-



machen muß, nicht erkennen läßt, inwiefern die Behörden und Unternehmer im Interesse der Verminderung der Betriebsgefahr ihre Pflicht gethan haben. Erst durch Vergleich der Unfallursachen (wozu immer nur mit den nachweislichen zurechnen ist) mit der Zahl der Unfallverhütungs-Anordnungen ist eine Nachprüfung der Unfallstatistik möglich.

Wir sind nun weit entfernt, von den Schutzvorrichtungen allein eine Verhütung aller Unfälle zu erwarten, wir stimmen darin mit dem Gewerberath Trilling überein, dieselben nur als einen neben-sächlichsten, wenn auch nicht als den allergeringsten Faktor zu behandeln, wie wir im weiteren Verlaufe darlegen werden. Aber wenn die mechanische Unfallverhütung auch nicht der hauptsächlichste Faktor ist, so bleibt sie doch dasjenige Gebiet, wo die öffentliche Fürsorge am nächsten einsehen und die Technik das Meiste thun kann; der dem Maschinenbau gemachte Vorwurf wirkt daher um so empfindlicher, weil es sich hier um grobe Fahrlässigkeit oder Außerachtlassung beruflicher oder gewerblicher Pflichten handelt, und weil diese, wenn auch der Zahl nach weniger Unfälle am ehesten hätten vermieden werden können.

Der Gewerberath Busch von Frankfurt a. O. schreibt auf S. 89/90 des Bandes: „Nicht selten wurde an den Maschinen das Fehlen der allernotwendigsten Schutzvorrichtungen festgestellt. Wohl erklärlich ist das bei solchen Gelegenheiten häufig ausgesprochene Befremden des Käufers der Maschine darüber, daß er nun dazu gezwungen sein soll, das von der Maschinenfabrik Versäumte nachzuholen, wenn letztere dies nicht freiwillig thun will. Es wäre dringend zu wünschen und würde die Unfallgefahr in demselben Maße vermindern, wie das Gerechtigkeitsgefühl der Arbeitgeber befriedigen und die Thätigkeit der Beamten der Gewerbeaufsicht und der Berufsgenossenschaften erleichtern, wenn die Verfertiger gewerblicher Maschinen zur Anbringung der Schutzvorrichtungen in derselben Weise angehalten werden könnten, wie dies durch den Ministerialerlaß vom 8. Mai 1894 den Fabrikanten landwirtschaftlicher Maschinen gegenüber geschehen ist.“ Dieser Beamte ist also der entgegengesetzten Meinung des Danziger Gewerberaths, er ist der Meinung, daß durch energischeren Anordnung der notwendigen Schutzvorrichtungen die Unfallgefahr vermindert würde. Wir können freilich hierbei nicht verschweigen, daß eine gefeh-

liche Heranziehung des Maschinenfabrikanten in der Praxis keine Schwierigkeiten hat und in solchen Fällen aus-sichtslos bleiben dürfte, wo es sich um ausländische Fabrikate handelt. Welt-seltener verlagert dagegen die gewerbe-börliche Beanstandung solcher Maschinen und Anlagen und eventuell die Bestrafung ihrer Besitzer, resp. Ausbeuter, ihre Wirkung; zudem könnte ja auch der Maschinenfabrikant weniger Schuld tragen, als der Käufer, der des billigeren Preises wegen auf Schutzvorkehrungen verzichtet. Da muß sich eben der Unternehmer über das Maß seiner Verpflichtungen orientieren und die Kaufobjekte prüfen, ehe er den Kauf schließt. Auch steht es ihm als Besizenden dem Bestizenden gegen-über ja völlig frei, die Haftung für etwa-schlechte Schutzvorkehrungen durch den Kaufvertrag zu regeln. Endlich bleibt es ihm eben so unbenommen, jede be-liebige Einrichtung durch die zuständige Gewerbebehörde auf ihre Sicherheit oder Zuverlässigkeit prüfen zu lassen oder zu einer solchen Prüfung den Maschinen-fabrikanten zu verpflichten.

Wenn sonach eine privatrechtliche Ver-antwortung den Besitzer der Anlage auch fernerhin treffen muß, so ist damit eine strafrechtliche Haftung des Maschinen-fabrikanten nicht ein für alle Mal aus-geschlossen, sofern die Unterlassung Folgen geltend, welche den Strafrichter in Be-wegung setzt. Zwar verpflichtet der § 120a der Gewerbeordnung lediglich den Gewerbeunternehmer, und die Straf-bestimmung des § 147, 4 d. St.-O. würde nur diesen oder dessen Stellver-treter (nach § 151) treffen; indessen schließt dies nicht aus, daß das Gericht bei Eintritt eines Unfalls, der auf den Mangel oder die Mangelhaftigkeit irgend welcher Schutzvorkehrung zurückzuführen ist, nach Prüfung der Sachlage auch den Maschinenlieferanten wegen fahrlässiger Körperverletzung (§ 280 d. St.-G.) oder fahrlässiger Tödtung (§ 222 d. St.-G.) verurtheilt.

So schreibt der Gewerberath Altters-hausen für Schleswig auf S. 267: „Am Schlusse dieses Kapitels möchte ich noch einen Umstand erwähnen, der für die Unfallverhütung von großer Bedeutung ist. Die Maschinenfabriken befolgen leider nicht die Regel, daß die gebräuchlichen und bringend notwendigen Schutzvor-richtungen schon beim Bau einer Ma-schine angebracht oder sogleich passend mitgeliefert werden. Selbst in die Augen fallende gefährliche Stellen an Getrieben bleiben oft ungeschützt. Die Lieferung

und Anbringung der Schutzvorrichtungen erfolgt gewöhnlich erst auf besonderen Wunsch. Eine rühmliche Ausnahme von dieser Regel machen nur einige größere Firmen der Maschinenindustrie, besonders bei Lieferung von Holzbearbeitungs-maschinen, Meiereieinrichtungen und land-wirtschaftlichen Maschinen. Aber haupt-sächlich die kleineren Firmen sparen, um den Preis der Maschine möglichst niedrig zu halten und dem Wettbewerb größerer Firmen begegnen zu können, gern die Schutzvorrichtungen. Wenn auch in erster Linie der Arbeitgeber für die Sicherheit seiner Arbeiter verantwortlich ist, so kann doch öfters der Fall eintreten, daß auch der Fabrikant bei Unterlassung der noth-wendigsten Schutzvorrichtungen sich eine Anklage wegen fahrlässiger Körperver-letzung zuzieht. In den meisten Fällen erfolgt die Anbringung der Schutzvor-richtung erst, nachdem der Gewerbeauf-sichtsbeamte oder der Beauftragte sie an-geordnet hat. Abgesehen davon, daß die nachträgliche Anbringung häufig Schwierig-keiten macht und der Maschine ein un-schönes Aussehen gibt, weil bei ihrer Einbauung nicht darauf Bedacht ge-nommen worden ist, erwachsen dem Ge-werbebetreibenden in diesem Falle höhere Kosten. Es liegt daher im eigenen In-teresse sowohl des Verkäufers, als auch des Käufers, wenn die Maschinen schon in der Fabrik mit den Schutzvorrich-tungen, deren Anbringung zweifellos ge-fordert werden muß, versehen werden.“

Das wäre die strafrechtliche Folge dieser Unterlassung, die bisher allerdings nur in seltenen Fällen in Wirkung trat, deren Gefahr aber um so näher tritt, je mehr die Gewerbebehörden diesen Zu-sammenhängen der Unfallursachen ihre Aufmerksamkeit widmen und die Unfall-ursachen im Besonderen von Jahr zu Jahr feststellen. Aber mehr als diese unangenehme Aussicht einer Anklage wegen fahrlässiger Tödtung oder Körperver-letzung, die ja zumelst durch das Da-gewirkten anderer Umstände in die Ferne gerückt wird, sollte die meist un-ausbleibliche Verschlechterung der Ma-schine, oft genug auch ihrer Leistungsfähigkeit, und die damit verbundene Schädigung der Referenzen, die gerade in der Maschinenbranche von Werth sind, von Einfluß sein, das Nothwendige zu erzwingen. Hierbei können die Gewerbe-inspektoren bei der Unfallverhütung den größten Dienst leisten, wenn sie unach-sächlich alle Maschinen, Transmissionen und Anlagen, an denen sich irgendwelche, die Arbeiter gefährdende Mängel be-

finden, beanstanden und deren Abstellung anordnen, sowie bei vorkommenden Un-fällen an der Erörterung sich beteiligen und Strafangelegenheiten veranlassen. Insofern eine solche Wirksamkeit durch ihre Dienst-anweisung begrenzt ist, können sie trotz-dem in ihren Berichten, wie auch an zu-ständiger Stelle die Aufmerksamkeit auf diese Umstände lenken, worauf der Erfolg nicht ausbleiben würde.

Wie wenig jedoch die bisher giltrten Aeußerungen aus den Berichten den Kern der Mängel treffen, erhellt daraus, daß sie sämmtlich die Interessen der Maschinenkäufer vertreten und deren Schädigung durch höhere Kosten der nach-träglichen Anbringung allein in die Wag-schale werfen, dagegen das Mißlo bei an-solchen Maschinen inzwischen beschäftigten Arbeiter mit keinem Worte erwähnen. Wie groß dieses Mißlo ist, läßt sich aber daraus erkennen, daß in der Regel nur 50—60 Prozent der Anlagen in Preußen revidirt werden, so daß ein Arbeiter viel-leicht Jahre lang seine gesunden Knochen zu Marne tragen kann, bis endlich das geschehene Unglück die Aufmerksamkeit auf den Mangel lenkt. Stöbt nun gar die Anbringung irgend welcher Schutzvor-richtungen, wie die Gewerbeinspektions-berichte oft genug besätigen, auf eine besondere Abneigung des Arbeitgebers, oder muß der Arbeiter besichtigen, ihre Anbringung mit Lohnherabsetzungen ver-bunden zu sehen, so wird er der Beghe sein, ihre Einführung mit Energie zu betreiben.

Wir deuteten schon im Vorausgehenden an, daß vielfach auch die Käufer der Maschinen selbst die Schuld an dem Fehlen oder der Mangelhaftigkeit der dazu gehörigen Schutzvorrichtungen tragen. So berichtet der Gewerberath Rätzer für Minden auf S. 387: „Die Fabrik für Holzbearbeitungsmaschinen von R. u. R. in B. versieht sämmtliche Maschinen gleich bei der Anfertigung mit den erforder-lichen Schutzvorrichtungen; es kommt aber nicht selten vor, daß die Käufer den dadurch um einige Mark erhöhten Preis nicht zahlen wollen und die Schutz-vorrichtungen, soweit als möglich, be-festigen lassen.“ Schon dieser Umstand läßt es nothwendig erscheinen, auch ferner-hin dem Arbeitgeber zunächst die Ver-antwortung für die in seinem Betriebe verwendeten Maschinen tragen zu lassen, da dieser mit einiger Vorsicht sich für die meisten Fälle schadlos halten kann. Ginge doch eine Verantwortlichkeit des Lieferanten nicht über die Lieferung und richtige Funktion bei sachgemäßer Ver-

schwindet, sieht aber auch manchmal aus wie ein auf Stäben gestelltes Substrat. Man lieft, man spielt, man arbeitet, man subirt, man verwaltet, und was das Merkwürdigste, man dichtet und man komponirt sogar auf ihm, zuweilen besser als auf dem Fingher-pfabe. Das Rad ist unter Umständen ein Förderer der Kunst. Heinrich Laube erzählte gerne von dessen anregender Kraft. Ost, wenn ihm beim Schreiben eines Silbes die Erwindung versagte, so daß die Handlung keinen Ruck vorwärts machen wollte, setzte er sich auf die Eisenbahn, um auf den Sem-mering zu fahren. „Schon in Wiener-Neu-stadt hatte ich meinen flinksten Akt!“ pflegte er zu sagen. Die Schwungbewegung der Räder, das leichte Hüften und Stoßen wirkte offenbar als kräftigender Reiz auf seine Gehirnthatigkeit, seine Phantasie, ge-rade wie beim Tondichter der Rhythmus des rollenden Rades möglicher Weise die musikalische Erfindungsgabe zu steigern vermag. Der Geist des Künstlers braucht zuweilen solchen profanen Sporn. In seiner Jugend komponirte Huber am liebsten zu Pferde, das Hoppohopp eines scharfen Trabes weckte bei ihm Gedanken; von einem andern zeitgenössischen Musiker wird berichtet, daß ihm nur im Eisenbahnwagen etwas Orben-tliches einfiel. Kein Zweifel, das Rad be-lebt die Einbildungskraft, es begeistert, in-spirirt, es gehrt unter die Musageten. . . .

Je mehr und je häufiger der Mensch fahren mußte, um so vollkommener wurden naturgemäß die Werkzeuge des Verkehrs. Der praktische Amerikaner ging darin mit dem guten Beispiel voran. Die ersten Schlaf- und die ersten Speisewaggons führten auf einer amerikanischen Bahn. Nicht so-

wohl der August, als vielmehr die platte Nothwendigkeit tief dieselben ins Leben. Das Dampfproh hat in der neuen Welt ganz andere Entfernungen zu bewältigen, als in unserem engen alten Europa, endlose, zum Theil unbewohnte oder noch larm besetzte Strecken, wo es keine Herbergen gibt, wo man verhungern müßte, wenn man nicht im Eisenbahnzuge selbst seines Wagens Nothdurft zu befrachten fände. Was dort unabwählbares Bedürfnis, ist bei uns immer noch mehr oder weniger Luxus, hat sich daher auch viel später eingebürgert. Es sind keine 20 Jahre her, daß der erste Schlafwagen zwischen Wien und Paris ver-kehrte, und kaum mehr als 10 Jahre, daß der erste Speisewagen in unserer Gegend zu sehen war. Aussteigen, das ist das Ein-ge, was man jetzt unterwegs nicht mehr thun will. Alles nur das nicht. Das Aus-steigen kommt immer mehr außer Brauch und Mode. Wenn man jedem Bedürfnisse zu Wagen Genüge thun kann, wozu aus-steigen? Dazu ist ja Zeit am Subjekte der Weile. Der Amerikaner hat das Unterwegs-Aussteigen so gut wie ganz abgeschafft. Jedenfalls hat er es nicht nöthig. Ein wohlbestatteter amerikanischer Zugzug ent-hält Schlafwagen, Speisewagen, Rauch-gimmer, Damenboudoir, Musikstube, Bade-kabine, Bibliothek, auch die Schreibmaschine fehlt nicht und ebensowenig natürlich der typewriter, denn man seine Briefe in die Finger dikirt. Es ist für Alles vorgeorgt, für das Nothwendige und das Ueberflüssige, für das Geschäft und das Vergnügen, wozu aussteigen? Es bleibt höchstens eine Seh-nucht der Seele übrig, die noch zu stillen wäre. Der Amerikaner ist fromm und

gottesfürchtig, wenigstens nach Augen hin, und versäumt nicht gerne die Sonntags-predigt. Anglikaner, Dissenters, Zebepren-den, Methodisten, sie können alle die Kirche nicht entbehren, wie sie das Pom-pot und die Bar nicht entbehren können. Auch dies ist vorgelesen. Einige der großen Bahnen haben ihre Kirchenwaggons, welche sich, je nach dem Bedürfnisse einer Stelle, bald so, bald anders dekoriren lassen. Nicht einmal „seines Gottes“ wegen steigt man aus; man nimmt auch ihn mit in den Waggon und betet zu ihm unterwegs, auf dem Rade — ein Gypsh-Gottessbild, be-gleitet von der Musik des Schienenorgans und Dampfgeschönes, dem Hymnen des mo-dernen Lebens. So las man auch dieser Tage in den Blättern, der Czsr habe eine Summe gestiftet, womit ein Kirchenwagen für die transibrische Bahn hergestellt werden soll.

Wenn diese Bahn einmal fertig ist, dann hat sich das Rad die ganze Erde erobert, dann herrscht es von Bissabon bis Wladi-woostok, von San Francisco bis Newyork auf einem einzigen unermesslichen Schienen-gürtel, der nur zwei Mal vom Meere unter-brochen wird — scheinbar unterbrochen wird, denn das Rad herrscht auch im Wasser. Mit seiner Hilfe künst sich der Dampfer durch die aufgewühlte See, kann der schwim-mende Kiel dahin und dort hin gelenkt werden, wie nur die Fluth ströme und der Wind blase. Hoch auf Deck dreht der Steuermann sein Rad, und zwischen seinen Händen ist es die Seele des geschäftigen Ganzen, Anfang und Ende der zielbewußten Förderung. Auch die Schraube dreht sich, sie ist im Grunde auch ein Rad. Bloß ein Segelschiff braucht

das Rad nicht, hängt aber auch dafür von der Raune des Windes ab. Das Segel ist unvollkommener Fingel, oft ein ganz lahmer. So hat sich das Rad in unseren Tagen zu höchster Macht und Bedeutung emporgeschwungen, und es sieht nicht aus, als ob seine Herrschaft bald zu Ende ginge. Durch die Erfindung und Ausbreitung des Zwei-rades ist es kurz vor Jahrhundertsschluß zu neuen Ehren gelangt. Es war ein genialer Einfall, den Menschen von der fremden treibenden Kraft zu emanzipiren, das Ge-fährte so einzurichten, daß er selbst diese treibende Kraft leiste. Ueber kurz oder lang wird man ja auch das Pferd als Zugthier aus dem Straßenbilde ganz verschwinden sehen, denn die allgemeine Einführung des elektrischen Wagens statt des Pfluges, der Droschke, des Einspanners, der Voiture de place ist nur noch eine Frage der Zeit. Das Jahrhundert endigt mit dem Triumph des Rades. . . .

Wie lange wird der Triumph währen? Das ist das Räthsel der Zukunft. Dampfproh oder Luftschiff, elektrischer Wagen oder Flugmaschine — diesen Weltkampf zwischen Rad und Flügel wird das nächste Jahrhundert auszukämpfen haben. Wer der-einst Sieger bleibt, die Götter selbst könnten es heute noch nicht sagen. So viel aber wissen wir: Das Rad wird nie ganz ver-schwinden; schon seiner schönen vollkommenen Form halber wird es immerdar bestehen. Es ist nicht bloß das Wahrzeichen unseres Neugehnten, das besondern Kennzeichen eines ganzen Jahrhunderts, es ist auch das Prinzip eines jeden Fortschrittes auf Erden, ein Sinnbild also der Bewegung und des Lebens.



wendung der Schutzvorrichtung hinaus, während nach wie vor der Arbeitgeber, resp. Betriebsleiter dafür hastet, daß die vorhandene Vorkehrung auch wirklich zur Anwendung kommt. Wir haben schon bei unserer Erörterung der schärfsten Unfallversicherung darauf hingewiesen, wie viel von den Arbeitgebern gerade in dieser Hinsicht gesündigt wird, wenn sie der Gefahr abwehren und zur Vorkehrung nahen den Tendenz der Schutzvorrichtung dadurch entgegenwirken, daß sie von den Arbeitern ungenutzte höhere Leistungen verlangen oder aus lacon die Stückpreise reduzieren, um die veranschlagten Kosten bezahlt zu machen. Daher die Erscheinung, daß oft die Arbeiter die vorhandenen Schutzvorrichtungen nicht benutzen oder auf irgend eine Weise wirkungslos machen, so bald sie ihnen bei der Arbeit im Wege sind; solche Manipulationen sind übrigens auch nur bei solchen Vorrichtungen denkbar, welche die Leistungsfähigkeit und demzufolge den Verdienst des Arbeiters hauptsächlich beeinträchtigen. Wenn aber als höchster Zweck jeder Neuonstruktion, die auf allgemeine Einföhrung rechnet, die Erhöhung des Angebietes in Frage kommt, wenn also die Ausbeutung des Arbeiters, der die Maschine bedient, gesteigert wird und immer mehr ungeliebte Hände an Maschinen Verwendung finden, so ist auch der Wirksamkeit der besten Schutzvorrichtung eine Grenze gesetzt und es bedarf der sozialen Reform, wo die technische Fürsorge allein nicht ausreichenden Schutz bietet oder in ihr direktes Gegenstück umzuschlagen droht. Wo diese einzugreifen hat, darüber kann nach Lage der Umstände keinerlei Zweifel bestehen.

Zunächst dürfte es sich als notwendig erweisen, die Bedienung gefährdender Maschinen, Motoren, sowie gewisse Einrichtungen in maschinellen Anlagen jugendlichen Personen unter 18 Jahren strikte zu verbieten und für die darauf beschäftigten Personen sowohl eine zulässige Arbeitsdauer, als auch gewisse Pausen zwischen den Arbeitsstunden vorschreiben. Durch gesetzliche Vorschrift für alle Arbeitsordnungen wäre fernerhin zu bestimmen, daß die Arbeit an gewissen gefährlichen Maschinen, Motoren und Anlagen ausschließlich von den dazu ständig beauftragten Personen zu verrichten ist und daß diese Personen nur im Belt-lohn arbeiten dürfen. Die Akkordarbeit ist gerade an solchen Maschinen im wahrsten Sinne des Wortes eine Mordarbeit, es dürfte sich empfehlen, neben dem schon früher beschriebenen Verbot derselben für jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren\*), auch bezüglich gewisser Maschinenarbeiten einen Angriff durch die Gesetzgebung einzuleiten. Endlich bedarf die gesammte Unfallversicherung und -Versicherung einer gründlichen Reorganisation, die auf beiden Gebieten den unglückseligen Dualismus zwischen Berufsgenossenschaft und Gewerbeinspektion einer- und zwischen Gewerbeinspektion und Polizeibehörden andererseits beseitigt und nur eine Gewerbebehörde mit ausreichender Machtvollkommenheit schafft, um die strikte Durchführung der für notwendig erkannten Anordnungen zu verbürgen. Das sind indes Wünsche, deren Erfüllung noch in weitem Felde steht.

Der Appell an die Maschinenfabrikanten wird wirkungslos verhallen, so lange man der Durchführung des Arbeiterschutzes nicht die nachdrückliche Energie widmet, sondern die Gesetzeswächter durchschlüpfen läßt. Nicht eher wird sich der rücksichtslose Wettbewerb an die Klagen der Beamten kehren, als bis die Zahl der Unfälle erschreckend steigt und die Arbeiter selbst an die Gesetzgebung appellieren, um der Ausbeutung neue Schranken zu ziehen. Denn gegen die gesteigerte Ausbeutung der Ar-

beiter durch den hoch entwickelten Produktionsmechanismus der Kapitalistenklasse gibt es eben nur eine wirksame Schutzvorrichtung im Großen, die zugleich auch alle kleineren Schutzmittel verhilft, und das ist eine energische Arbeiterschutzes-gebung. Mögen die Herren Gewerbetriebe für eine solche an zuständiger Stelle wirken!

**Die Gewerkschaften und die politischen Parteien.**  
(Aus dem „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer.“)

Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte mit ihrer Zunahme der Arbeitslosigkeit, das durch die vermehrte Anzahl der Arbeitslosen vergrößerte Angebot von Arbeitskräften mit seiner folgenreich vergrößerten wirtschaftlichen Abhängigkeit der Arbeiter — diese traurigen Gründe in allererster Linie haben doch die eine gute Folge gehabt, den Arbeitern ihre Lage zum Bewußtsein zu bringen und sie zu der ebenso berechtigten wie energischen Forderung zu veranlassen, daß es anders werden müsse. Ueberall regt sich darum die Arbeiterkraft, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, um ihre wirtschaftliche Unfreiheit zu brechen. Ja, die Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft, hat dafür gesorgt, daß das in der Bourgeoisie vorhandene Unternehmertum durch Handlungen, die ihm von seiner Angst vor dem „rothen Gespenste“ diktiert waren, selbst den Arbeitern die Augen geöffnet hat darüber, daß sie in Folge ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit auch politisch rechtlos sind und — umgekehrt. Der Arbeiter also, der zielbewußt seine Interessen vertreten will, wird, selbst wenn es ihm an dem zum Kampfe für das Gemeinwohl nötigen Idealismus fehlt, selbst wenn er nur sein allererstes Interesse im engsten Horizont im Auge hat, er wird doch auch im öffentlichen Leben Partei nehmen und zwar da, wo er nach seiner Ueberzeugung den Kampf um die wirtschaftliche und um die politische Befreiung als um zwei einander bedingende Begriffe an rationalsten geführt sieht. Das ist selbstverständlich.

Daß die Erkenntnis dieser Sachlage unter den Arbeitern Deutschlands von Tag zu Tag in erfreulicher Weise um sich greift, hat zur Folge, daß nachgerade alle deutschen politischen Parteien von Arbeiterfreundlichkeit triefen. Aber obgleich ihr Herz angeblich dessen voll ist und ihr Mund davon überfließt, bekämpfen sie einander erbittert; denn jede behauptet natürlich, sie ganz allein hätte den Stein der Weisen gefunden, und was die Anderen haben, das sei nur Simill. Mit diesem Kampfe füllen die Parteimänner ihre Zeit aus und die große Masse der Arbeiter tritt in politische Aktion nur am Tage der Wahl, und dann thut sie ihre Pflicht, indem sie wählt.

Inzwischen aber warten sie geduldig und voll Hoffnung, bis einmal diese oder jene Partei — die es gerade am schönsten versteht — die Mehrheit im Parlament und die Regierung in ihrer Hand hat; die wird es dann schon machen, dann wird's mit einem Schloge wunderschön hier auf diesem Erdenloß. Inzwischen aber lassen sie alles gehen, wie es will. Wenn es auch alle Tage schlechter wird und sie dem Verhungern immer näher kommen, das Warten wird ihnen trotzdem nicht schwer. S. bewahre, wird ihnen doch theilweise sogar gesagt: je schneller sich die Verhältnisse verschlechtern, um so näher sei die schöne Zukunft, ja, die vorherige Verschlechterung sei gewissermaßen

\*) Die Ausführungen in folgendem Artikel enthalten so viel Beherzigenswerthes, daß wir dieselben, obwohl wir den Standpunkt des Verfassers nicht immer theilen, unverkürzt wiedergeben wollen. Red. der „Metallar.-Ztg.“

eine unerlässliche Vorbedingung derselben, die man nicht hemmen dürfe, durch viel Trübsal gehe man zum Reiche Gottes ein. Also warten sie weiter und lassen sich inzwischen als geduldige Lämmer Duhende von Fellen über die Ohren ziehen? — Nein, das wagt man dem Arbeiter heute doch nicht mehr zu bieten, sondern man erlaubt ihm, in der Zeit und mit den Mitteln und Kräften, die ihm die politische Bethätigung übrig läßt, einen Versuch der Verbesserung seiner Lage auf eigene Faust zu machen. Nicht unbedingt freilich, sondern — je nach der Partei — der liebe Gott oder der arme Unternehmer oder die „Ordnung“ oder das Wohl der Partei darf darunter nicht leiden. Aber immerhin, mit Ausnahme der Parteien von der Sorte „Stumm“, die zu ihrer Wahlarbeit noch Mittel genug zur Verfügung haben und die darum selbst auf die nominelle Arbeiterfreundlichkeit verzichten können, bestrafen alle Parteien außer dem, was sie auf dem Wege der Gesetzgebung für den Arbeiter herauszuschlagen wollen, auch die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter. Aus der Geschichte derjenigen Länder, die uns im politischen Fortschritte voraus sind, haben sie gelernt, daß anderwärts die gewerkschaftliche Organisation über ihre Köpfe hinweg handeln würde — wie sagt doch unser deutscher Kollege Müller, der Vizepräsident der amerikanischen International Typographical Union: Theories come and theories go, but trades unions last forever! Also, wenn auch mit den gebotenen Einschränkungen, man bestrafet doch die gewerkschaftliche Organisation.

Da fragt es sich also nun, wozu denn die Gewerkschaften eigentlich da sein sollen? Einzelne meinen ja freilich, sie seien gerade gut genug zu parteipolitischen Agitationszwecken; gewiß, auch die parteipolitische Organisation läßt sich in die Form von Berufsvereinen bringen. Aber zu den Parteien gehören doch auch Arbeitgeber, die mühten doch auch untergebracht werden; sollen denn die da auch mit hinein oder sollten die eigentlich noch besondere, sagen wir mal Meistergewerkschaften haben? — Andere wieder halten die gewerkschaftlichen Organisationen, in denen man die Arbeiter durch Unterstützungen, die sie in Nothfällen von ihren eigenen Großen erhalten, an der Strippe hat, für ein wunderschönes Mittel, diejenigen Arbeiter einzufangen und in Schach zu halten, die man sonst nicht kriegen würde. Arbeiter, die sich das gefallen lassen, müssen wir aufklären, aber so lange sie sich das gefallen lassen, verdienen sie es nicht besser.

Weitaus die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter aber — und auf die kommt's doch am Ende dabei allein an — denkt sich unter einer Gewerkschaft eine Vereinigung von Arbeitern eines bestimmten Berufes zu dem Zwecke, so lange, bis die Parteien einmal diese Arbeit überflüssig machen, die Lage der Arbeiter des betreffenden Berufes überhaupt nach Möglichkeit aus eigener Kraft zu verbessern.

Wer sich aber aus eigener Kraft helfen soll, der muß doch vor allen Dingen auch solche besitzen; denn, wenn es auch im Interesse der Arbeiter der verschiedenen Berufe liegt, daß sie sich bei diesem Kampfe gegenseitig unterstützen, die Hauptarbeit verbleibt immer der eigenen Kraft und auch die Unterstützung der helfenden Gewerke wird um so wirksamer sein können, je kräftiger sie selbst sind. Unerlässliche Vorbedingung eines zweckmäßigen, erfolgreichen Wirkens der Gewerkschaften ist und bleibt, daß sie stark sind.

Was ist denn nun eine solche Kraft oder Stärke? Wer ist stärker: sind es zwei Mann, die sich hinstellen und vor einer zusammengewürfelten, nichtorgani-

stren Menge der eine in den schönsten, der andere in den kräftigsten Wendungen donnernde Neben hatten? — oder sind es hundert Mann, die weniger reden, aber durch Organisation geschlossen und der gestellten Aufgabe sich bewußt handeln? Das ist ein altes, unendliche Male variiertes Thema: Einigkeit macht stark! Aber dies Wort bleibt doch wahr. Die Arbeiter eines Berufes werden in Vertretung ihrer Interessen um so mehr Stärke und Machtstärke entwickeln können, je enger sie sind in Bezug auf das, was sie wollen und wie sie es wollen, je enger sie sich zur Geltendmachung ihres Willens zusammenschließen. Sie werden um so schwächer sein, je größer und zahlreicher die Meinungsverschiedenheiten in ihren Reihen sich Einfluß verschaffen, je schlechter sie organisiert sind, d. h. je weniger von ihnen überhaupt organisiert sind oder je mehr verschiedenartige Organisationen unter ihnen bestehen, die wo möglich ohne jeden Zusammenhang die eine heute dies, die andere das gerade Entgegengesetzte morgen thut. Die Einigkeit und somit die Stärke der Arbeiter eines Berufes wird aber der Vollkommenheit am nächsten sein, wenn möglichst alle Berufsgenossen in einer einzigen Organisation sich zusammenschließen. Diesen Zustand herbeizuführen, ist das Ziel derjenigen Gewerkschaften, die ihre Aufgabe begriffen haben. Und damit sie dieses Ziel, die größtmögliche Einigkeit der Berufsgenossen und dadurch die größtmögliche Stärke bei der Geltendmachung des Willens derselben erreichen, ist es es nöthig, daß aus den Bedingungen der Einigung alles das ausgeschlossen wird, was zu Scheidungen Anlaß geben könnte und was doch unter den Einigungsbedingungen entbehrt werden kann, ohne daß dadurch der Zweck der Gewerkschaft geschädigt wird.

Und der Zweck der Gewerkschaft, zu dessen Erreichung sie stark sein muß, was ist er? Das ist die Erringung und Festhaltung jedes, und sei es auch des geringsten Vorteiles für die Berufsgenossen so lange, bis einmal die Verhältnisse so gestaltet sind, daß sie ihrer eigenen Vorzüglichkeit wegen die Erreichung noch weiterer Vorteile nicht mehr wünschenswerth erscheinen lassen und auch das Erreichte Dauer verspricht — man versuche einmal, sich den Eintritt dieses Zeitpunktes zu denken. — Der Zweck der Gewerkschaft ist der Kampf um die materiellen Interessen auf dem Boden derjenigen Verhältnisse, welche sie gerade vorfindet, und unter Anwendung aller derjenigen Mittel, welche ihr die jeweilige Gesetzgebung in die Hand gibt; der Kampf darum in jeder Staatsform, sei sie republikanisch, konstitutionell oder despotisch, der Kampf für jeden und vereint mit jedem Berufsgenossen, welches Religions- oder politische Bekenntnis er auch oder ob er eines habe. Seine Lage verbessern und das mit allen zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln, will jeder Mensch, das muß er wollen, denn dazu zwingt ihn der ihm angeborene Egoismus. Seine Lage verbessern mit allen gesetzlichen Mitteln, das ist aber auch das einzige unbestrittene Recht jedes Menschen, und was sein Recht ist, das zu thun ist auch auch seine Pflicht, sei es auch nur die Pflicht gegen sich selbst. Dieses eine, einzige unbestrittene Recht ist der Boden, auf dem in jeder Gesellschafts- und Staatsform eine prinzipielle Einigung aller Berufsgenossen allein möglich ist. Nur da, wo man durch bösen Willen oder durch übereifrigen, unzeitgemäßen guten Willen von diesem Boden sich hat abdrängen lassen, stellen sich prinzipielle Meinungsverschiedenheiten ein und wird eine Sammlung aller Berufsgenossen immer schwieriger, und damit entfernen

\*) Vergl. die „Metallar.-Ztg.“ 1894, Nr. 28: „Die Befestigung der Akkordarbeit“.



sich die Berufsgeossen auch immer weiter von der Einigkeit, die sie brauchen, um stark zu sein.

Und stark, freilich, das müssen die Gewerkschaften sein, wenn sie etwas erreichen und wenn sie etwas Erreichtes festhalten wollen.

Die Zeiten sind vorüber, in denen Gewerkschaften Erfolge erzielen könnten?

Das ist nicht wahr! so lehrt uns ein Blick in die Arbeiterbewegung (und eigentlich kann man nur von der Gewerkschaftsbewegung als von einer Arbeiterbewegung im wahren Sinne des Wortes sprechen, denn nur in der Gewerkschaftsbewegung kämpfen ausschließlich Arbeiter unter ausschließlicher Führung von Arbeitern für ausschließliche Arbeiterinteressen). Freilich, das glückliche Zeitalter, in dem jedes Ringen aufhört, ist noch nicht da, und wo gerungen wird, da gibt's nicht nur Siege, sondern auch Niederlagen, und in Zeiten wirtschaftlicher Depression werden die Niederlagen zahlreicher auf Seiten der Arbeiter sein, wenn sie in solchen Zeiten zu einem Kampfe gezwungen sind oder unvorsichtig einen solchen beginnen.

Gerade in solchen Zeiten wirtschaftlichen Niederganges geht das Erreungene doch wieder verloren.

Ganz gewiß geht es verloren, wenn es nicht festgehalten wird; aber diese Eigenschaft heisst es doch mit allen „Erreungenschaften“. Gerade in solchen Zeiten wirtschaftlichen Niederganges ist das Festhalten des Erreungenen die Hauptaufgabe der Gewerkschaft, eine Aufgabe, welcher der Deutsche Buchdruckerverband in den letzten Jahren nach dem großen Kampfe glänzend gerecht geworden ist. Denn wenn der Neunstundenkampf auch keinen Fortschritt brachte, so folgte ihm doch auch kein Rückschritt; Ausnahmen, in denen nach der verlorenen Schlacht Verschlechterungen kamen, wurden weit gemacht durch andere Ausnahmen, in denen Prinzipale freiwillig den Wünschen der Gehilfen entgegenkamen und Verbesserungen einführten, und beiderlei Ausnahmen bestätigen nur die Regel: Das bis dahin Erreichte wurde festgehalten! (Der Herr Verfasser vergißt hierbei zu erwähnen, daß durch den Neunstundenkampf in rund 1000 Druckereien, wo die zehneinhalb- und elfstündige Arbeitszeit bestand, die zehnstündige eingeführt wurde, in vielen auch erst der Tarif. Red. des „Corresp.“)

Ja, aber „die Arbeiterschaft kann den Drang nach dem Positiven nicht in dem Maße befriedigen, wie ein Teil der Gewerkschafter wünschen“, heißt es dann wieder. Warum kann sie das nicht? Weil die Arbeiter zum Theile so wenig verdienen, daß sie die Beiträge nicht erübrigen können! Aber müssen sie nicht Steuern für alle möglichen öffentlichen und nichtöffentlichen, kulturellen und kulturwidrigen Zwecke aufbringen? Und dann ist es doch Thatsache, daß gerade diejenigen Gewerkschaften, welche die höheren Beiträge erheben, auch die festeren Organisationen sind und die relativ besseren Arbeitsbedingungen für die ihnen Angehörigen erstritten haben. Denn nicht weil sie höhere Löhne haben, können diese Arbeiter höhere Beiträge zahlen, sondern weil sie höhere Beiträge zahlen, ist ihre Organisation um so stärker und kann dieselbe ihnen höhere Löhne und überhaupt bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen und behaupten. Aber freilich, wenn man den Arbeitern immer und immer wieder predigt, eigentlich sei die ganze Gewerkschaftsbewegung zwecklos, denn erstens mal könnten die Gewerkschaften gar nichts erreichen und zweitens erreichen sie ja allerdings manchmal etwas, aber das ginge ja doch bald wieder verloren, ist es denn da ein Wunder, wenn die Arbeiter, selbst wenn sie können, nicht

wollen? Auch der opferwilligste Mensch erwartet doch schließlich eine Gegenleistung und wird nimmermehr eine ihm nutzlos und zwecklos erscheinende Sache unterstützen. Und die Folge ist dann, daß die Arbeiterschaft immer mehr und mehr in stumpfsinnige Resignation verfällt und entnervt und energielos auch das Beste erträgt, geduldsig und in Trübsal harrend der Erlösung, die ihr einmal eine parlamentarische Mehrheit ganz gewiß verschaffen werde. Nur auf Wahlstage, dann, ja dann leuchten ihre Augen, dann fassen sie „Wut“ und im Vollbewußtsein ihrer Straftatung tragen sie ein zusammengefallenes Blatt Papier zur Wahlurne. Dann haben sie auch einmal „gehaut“ und nachher — na, dann warten sie eben weiter.

Oder können die Arbeiter deshalb nicht, weil sie Maßregelungen und damit die Gefährdung selbst ihrer schlechten Existenz befürchten müssen? Dieselbe Gefahr hat auch denjenigen Arbeitern gebroht, die heute gut organisiert sind, als sie das noch nicht waren, denn die Unternehmer sind in allen Gewerben aus einem Holze geschnitten. Auch der selbstherrlichste Industriemagnat wird, was heute noch so vielfach geschieht, es nicht mehr wagen, seinen Arbeitern das einzige unbestreitbare und unbestrittene Recht zu verweigern, wenn er sich anstatt einer resigulierten, nicht organisierten und darum unentschlossenen und haltlosen Masse einer starken Organisation gegenübersteht, die allezeit auf Posten steht.

Aber noch einmal: Stark muß die Gewerkschaft sein, wenn sie einen Zweck haben soll; und daß diese Stärke nur in der Zusammenfassung möglicher aller Berufsgeossen besteht, das darf sie nie vergessen, auch in Zeiten gewerblichen Friedens nicht. Der gewerbliche Frieden wird um so länger und darum um so erspriehlicher für beide Faktoren des Gewerbes sein, wenn der Respekt vor der starken Organisation der Arbeiter den einen Theil und das mit der Stärke gewachsene Bewußtsein der Verantwortung den andern Theil von einem unbegründeten Friedensbruch abhält. Damit sie auch in Zeiten des Friedens die Berufsgeossen an sich fesselt, darum muß die Gewerkschaft ihnen da, wo die soziale Gesetzgebung nichts oder absolut ungenügendes leistet, einen Halt gewähren; sie muß ihren Mitgliedern größere Pflichten auferlegen, um ihnen größere Rechte gewähren zu können und sie durch diese Rechte an sich zu halten. Alles, was den Zusammenschluß der Berufsgeossen zu festigen geeignet ist, muß sie thun, Alles, was den Zusammenhalt lockern könnte, muß sie vermeiden; denn in dem Kampfe ums Dasein muß auch der stark sein, der nur sein unbestreitbares und unbestrittenes Recht will und es nur mit gesetzlichen Mitteln will; er muß es um so mehr in einer Zeit der verschärften Klassengegensätze.

Daß die den Arbeitern dazu zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mittel ungenügend sind, ist ebenso zweifellos, wie es selbstverständlich ist, daß ihre Verbesserung erstrebt werden muß. Daß ferner, wenn es einmal in einem Gewerbe zu einem Kampfe zwischen Arbeitern und Unternehmern kommt, die Kampfbedingungen zum Schaden der Arbeiter sehr ungleich sind, und daß diese Ungleichheit in der modernen öffentlichen Verwaltung und in der durch die Gesetzgebung geschaffenen Wirtschafts- und Rechtsordnung ihre Ursachen hat, das haben wir Buchdrucker zur Genüge erfahren, als daß wir es nicht wissen sollten. Wie weit aber die Gewerkschaften als solche an der Abstellung dieser Uebelstände mit arbeiten sollen, ohne die Einigkeit in ihren Reihen zu gefährden, dafür ist eine Grenze leicht zu ziehen. Selbst dann, wenn wir beispielweise in Preußen

nicht die uns durch das so schön illustrierte „Gesetz zur Veränderung des Mitgliandes der Vereinsfreiheit“ garantierte berufliche Vereins-„Freiheit“ belassen, selbst wenn den Gewerkschaften die rückhaltlose Einflussnahme auf die politische Entwicklung gestattet wäre, so sollten sie doch um ihrer selbst und um ihres Zweckes willen davon nur dann Gebrauch machen, wenn es sich um Fragen handelt, welche die Gewerkschaft als solche unmittelbar berühren. In solchen Fragen dürfte auch unter den Gewerkschaften immer leicht eine Uebereinstimmung sich erzielen lassen, während ein Blick in das öffentliche Leben uns zeigt, wie große Meinungsverschiedenheiten über das, was darüber hinausgeht, bestehen zwischen Personen, denen man beiderseits den besten Willen und die ehrlichste Uebereinstimmung nicht absprechen wird.

Für die Besserung der Grundlagen unserer Wirtschafts- und Rechtsordnung, für die Gestaltung der politischen Verhältnisse in seinem Sinne, für alle großen und schönen Aufgaben, die aber den augenblicklichen Zweck der Gewerkschaft nicht unmittelbar berühren, mag, soll jeder Arbeiter innerhalb der politischen Parteien eintreten; es ist das seine Pflicht und Schuldigkeit. In der Gewerkschaft aber soll er gemüthsam und einig mit allen seinen Berufsgeossen jede mögliche Verbesserung seiner und seiner Mitarbeiters Lage auf dem Boden der jeweilig bestehenden Verhältnisse und unter Anwendung aller jeweilig zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mittel erkämpfen.

Das ist „die Beihätigung des Dranges nach dem Positiven, welcher die Organisation der deutschen Buchdruckergehilfen groß und stark gemacht hat; und Niemand kann sagen, daß sie dabei jemals dem wirtschaftlichen Interesse der Arbeiter zuwidergehandelt hätte.“ Und keine Partei, wenn sie den Namen einer „arbeiterfreundlichen“ mit Recht tragen will, wird es für eine Schädigung ihrer Bestrebungen halten, wenn Arbeiter ihre Lage verbessern wollen; vielmehr wird sie selbstlos den Arbeitern dazu die Wege zu ebnen suchen, selbstlos ohne den Hintergedanken, daß zum Lohne dafür die Arbeiter sich dazu hergeben werden, ihre Gewerkschaft dadurch zu schwächen, daß sie dieselbe zu parteipolitischen Zwecken mißbrauchen. Werden politische Parteien jemals so selbstlos sein? Ihre eragierten und engagierten Wortführer sind es bis jetzt in der Regel nicht.

Das ist aber der Weg, den die Gewerkschaftsbewegung in allen Ländern gehen sollte, wenn sie stark und mächtig bleiben oder, z. B. in Deutschland, stark und mächtig und zweckentsprechend werden will!

Berlin. Max Noß.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bekanntmachung.

Den Protokollbestellern diene zur Nachricht, daß die Protokolle der 2. Generalversammlung vollständig vergriffen sind und daß somit die Bestellungen nur langsam erledigt werden können. Alle eingegangenen Bestellungen sind vorgemerkt und werden der Reihenfolge (nach dem Datum des Eingangs) mit etwaigen Remittenden erledigt werden.

Gleichzeitig ersuchen wir diejenigen, welche noch unverkaufte Protokolle in Besitz haben und sie wahrscheinlich in nächster Zeit doch nicht abgeben, dieselben umgehend nach hier einzuliefern.

Ebenso wollen diejenigen, die Protokolle bezogen haben, möglichst bald über dieselben abrechnen, damit nicht, wie beim letzten Male durch die verzögerten Abrechnungen dem Verband Verluste erwachsen.

Die Durchsicht der Abrechnungen des 3. Quartals ergibt, daß sehr viele Ortsverwaltungen jetzt noch 33 Proz. statt der statutarischen 25 Prozents verrechnen. Das ist natürlich unzulässig und ersuchen wir, die statutarischen Bestimmungen besser zu beachten und dafür zu sorgen, daß die Ausgaben

Berliner Vorwärts vom 1. September 1896

für den Zweck keinesfalls mehr als der vierte Theil der Beiträge ausgegeben und verrechnet wird.

Folgende Mitgliedsbücher sind unglücklich und aufzuheben:

- 52551 des Buchbinder Heine Bauer, geb. zu Wimpfede am 28. Juni 1872.
57173 des Schloßers Josef Wolrad, geb. zu Wipplingen am 10. Febr. 1875.
101005 des Schmiedes Heinrich Fischer, geb. zu Brach am 10. Dez. 1872.
107488 des Drebers Max Zylinder, geb. zu Köhlan b. Dresden am 21. Febr. 1876.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Sydney Werner, Stuttgart, Poststraße 160, 1.

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu benennen, wofür das Geld verzinnet ist.

Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Metallarbeiter.

Altenburg. In der Mitgliederversammlung am 12. Okt. verlas zum 1. Punkte der Rastler die Abrechnung vom 3. Quartal. Nach dieser war inkl. des letzten Klassenstandes von 484,88 die Einnahme 1489,18, Ausgabe 488,09, an die Hauptkasse waren eingekassiert 827,20, so daß ein Kassenbestand von 427,84 verbleibt. — Die Mitgliederzahl betrug 522. — Ist die Ortsverwaltung auch genügt, in nächster Zeit mehrere Mitglieder wegen rückständiger Beiträge zu streichen, so ist das weniger der Beitragserhöhung zuzuschreiben, sondern der Uninteressiertheit der Mitglieder. Erst wenn der oder jener Unternehmer wieder einmal mit einem Lohnabzug von so und so viel Prozent an die Arbeiter herantritt, dann herrscht auch eine gewisse Begeisterung unter den Arbeitern für die Organisation. Aber leider ist es dann in den meisten Fällen zu spät, die Arbeiter sind dann nichts weiter als ein Spielball der Unternehmer. Auch gibt es sogenannte „Kucharbeiter“, die wohl bei jeder Gelegenheit über die Lohnverhältnisse schimpfen, es aber nicht für notwendig halten, sich mit ihren Kollegen solidarisch zu erklären, sondern sich von der Arbeiterbewegung fern halten, um ja nicht in den Versuch zu kommen, etwas — roth zu sein, sie suchen ihre Lage zu verbessern auf dem Wege der Liebedienerei. Außer einigen Verbandsangelegenheiten, die noch erledigt wurden, nahm die Versammlung auch Stellung zur Abhaltung einer Konferenz der Metallarbeiter Thüringens. Alle Redner sprachen sich gegen die Abhaltung einer Konferenz aus, indem das Geld für die dadurch entstehenden Kosten, die zum Nutzen in keinem Vergleich stehen, wohl besser verwendet werden könnte. Man kommt auf der Konferenz zusammen, klagt sich gegenseitig sein Leid, es werden wohl auch Beschlüsse gefaßt, die aber leider nicht durchgeführt werden, resp. nicht durchgeführt werden können, weil — man in erster Linie an jedem Orte mit den Verhältnissen rechnen muß und wohl jeder Ort selbst am besten wissen muß, was er zu thun oder zu lassen hat. Da kann man noch so viel Konferenzen einberufen, die belasten nur die kleineren Zahlstellen, aber einen wirklichen Nutzen haben sie nicht. Und was die Agitation betrifft, so wird dieselbe ja vom Hauptverband betrieben, wenn keine rechnerischen Kräfte am Orte sind. Eine gewisse Verwunderung kam auch in dieser Versammlung zum Ausdruck, daß es wiederum Apolda ist, von wo aus der Aufruf zu einer Konferenz erfolgt, indem es doch auch den Apoldaer Kollegen klar sein müßte, daß, wenn sie selbst nicht in der Lage sind, die Organisation an ihrem Orte zu haben, Andere ihnen wohl auch nicht besonders helfen können, indem, wie schon oben gesagt, man mit den Verhältnissen an jedem Orte zu rechnen hat.

Berlin-Moabit. Die Generalversammlung der Filiale Moabit des D. M. V. für das 3. Quartal fand am 10. Oktober im „Moabiter Clubhaus“ statt. Zum 1. Punkt referierte Genosse Knoll über das Thema „Die wirtschaftliche Lage des Arbeiters“. Der Klassenbericht erab eine Gesamtentnahme von 488,88, eine Ausgabe von 488,88. Renaufnahmen fanden 40 statt. Nach der Verteilung für den Rastler erledigte die Versammlung die jährliche Neuwahl der Ortsverwaltung; es wurden zum 1. Bevollmächtigten Kollege Hofmann, zum 2. Bevollmächtigten Otto Gensberg, zum 1. Kassierer Fr. Schwarz, zum 2. Kassierer Karl Hagen und zu Revisoren Jaf. Schänge und Jürgen gewählt. Seitens des Bevollmächtigten wurde ersucht, Aressenveränderungen rechtzeitig anzugeben.

Berlin. In einer Versammlung sämtlicher Vertrauensleute der Berliner Metallarbeiter die von Rastler zum 14. Oktober

Berliner Vorwärts vom 1. September 1896.



nach dem Bouffensbüchsen Kongresshaus be-  
 zugen war, kam es zu einer sehr lebhaften  
 Aussprache zwischen den Anhängern der ver-  
 schiedenen Organisationsformen. Als er  
 erstellte die Debatte über den einzigen Punkt  
 der Tagesordnung: „Der augenblickliche  
 Stand der Berliner Metallarbeiterbewegung“,  
 mit einer geschichtlichen Darstellung der Ent-  
 wicklung der Bewegung seit dem Jahre 1890.  
 Er verlies dann darauf, daß zur Zeit in  
 Berlin etwa 11 000 Metallarbeiter organisiert  
 seien, obwohl die Organisation hier keine  
 einheitliche wäre, da neben dem Berliner  
 Metallarbeiter-Verbande noch Filialen des  
 Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und  
 außerdem eine ganze Reihe Branchenorgani-  
 sationen beständen. Das sei lediglich dem  
 Umstande zu danken, daß bisher unter den  
 Berliner Metallarbeitern trotz der so ver-  
 schiedenen Auffassung über die beste  
 Organisationsform nicht derartige heftige  
 Kämpfe vorkamen, als in einzelnen anderen  
 Gewerkschaften. Die Versammlung habe nun  
 den Zweck festzustellen, wie es möglich sei,  
 unter Beseitigung der trennenden Mo-  
 mente gemeinsam zu arbeiten. Gerade jetzt,  
 in der Zeit der sich stetig bessernden Kon-  
 junktur, müsse Alles vermieden werden, was  
 zu Zwistigkeiten Anlaß geben könnte. Diese  
 günstige Gelegenheit müsse ausgenützt, die  
 Stellung der Berliner Metallarbeiter dürfe  
 nicht erschüttert werden. Medner hebt als  
 ein dazu ungeeignetes Mittel ein vom Deut-  
 schen Metallarbeiter-Verband verbreitetes  
 Flugblatt hervor. Er stellt eine Ausführung  
 desselben richtig, wonach sich die regelmäßigen  
 Beiträge des Berliner Verbandes so hoch  
 stellen sollen, als die der Mitglieder des  
 Deutschen (Zentral-)Verbandes. Medner be-  
 deutet ausdrücklich, daß die freiwilligen Bei-  
 träge für den öffentlichen Fonds der Berliner  
 Metallarbeiter mit dem Berliner Verbande  
 und seinen Beiträgen nichts zu thun hätten,  
 wie es nach dem Flugblatt scheine. Der  
 öffentliche Fonds diene allgemeinen Zwecken  
 und werde vom öffentlich gemählten Ver-  
 trauensmann der Berliner Metallarbeiter  
 verwaltet, als welcher, wie im vorigen Jahre  
 ausdrücklich festgestellt sei, auch ein Mitglied  
 des Deutschen Verbandes gewählt werden  
 könnte. — So kann, Mitglied des D. M. V.,  
 erklärte hierauf ganz speziell die Or-  
 ganisationsfrage und beschränkte auf das  
 Wärme die Zentralorganisation. Durch Ein-  
 führen der Gründe, die die Lokalorganisa-  
 tion gegen die Zentralisation und den Zusammen-  
 schluß mit dem D. M. V. in's Feld führen  
 und durch eine geradezu vernichtende Wider-  
 legung dieser Gründe wachte derselbe der  
 Versammlung begrifflich, daß der Zusammen-  
 schluß der organisierten Metallarbeiter Berlins  
 heute zur zwingenden Notwendigkeit gewor-  
 den. Er bedauerte lebhaft, daß die Mehrheit  
 der organisierten Metallarbeiter Berlins der  
 Zentralisation ihre Sympathie versage. Med-  
 ner ist der Meinung, daß sich der Berliner  
 Verband auf den öffentlichen Fonds stütze,  
 und stellt die Schaffung eines besonderen  
 öffentlichen Fonds seitens der Zentralorganisa-  
 tion Berliner Kollegen für den Fall in  
 Aussicht, daß die dergleichen Anhänger des  
 Lokalverbandes dem deutschen Verbande auch  
 später fernbleiben. Er schließt mit den  
 Worten: Wollen Sie der deutschen Metall-  
 arbeiterbewegung einen Dienst leisten, dann  
 verfügen Sie den bedingungslosen Anschluß  
 an den Verband der Metallarbeiter Deutsch-  
 lands. (Sebhaster Beifall.) Groß tritt  
 gegen den Verband auf. Hartmann, An-  
 gehöriger des Berliner Verbandes, führt aus:  
 Die Hauptsache sei, daß jeder Kollege sich  
 überhaupt organisiere, nicht aber dürften sich  
 die verschiedenen Organisationsformen gegenseitig  
 aufreiben. Man müsse sich die Bewegung  
 ruhig entwickeln lassen, irgend welcher Zwang  
 von der einen oder anderen Seite schädige  
 sie nur. Medner hält den deutschen Verband  
 für nicht im Stande, allen seinen Wünschen  
 nachzukommen, wogegen aus der Versamm-  
 lung heraus laut protestiert wird. P. Littfin  
 erklärte: Von dem Augenblicke an, wo eine  
 Organisation der anderen hindernd in den  
 Weg trete, habe letztere allen Anlaß, jene  
 zu bekämpfen. Wenn der D. M. V. sich in  
 Zukunft beim Werben von Mitgliedern nicht  
 anständiger gegenüber dem Berliner Verbande  
 betrage, dann werde man ihm das Lebens-  
 recht ausblasen. (Große Unruhe.) Aber das  
 sei noch gar nicht nötig. Man solle endlich  
 aufhören, dem Berliner Verbande entgegen-  
 zutreten. Gesetze das, dann werde man  
 über kurz oder lang zu einer Vereinigung  
 beider Richtungen kommen. Es liege sich ein  
 Kartellverhältnis anbahnen. Man müsse die  
 gänztige Konjunktur gemeinsam ausnützen.  
 Lange, Zentralist, erklärt, seine Ausführ-  
 ungen seien lediglich als seine persönliche  
 Meinung aufzufassen. Er erklärt die eben  
 stattfindende Aussprache für sehr gut und  
 wünscht gleichfalls mindestens einen Waffen-  
 stillstand. Er empfiehlt den Vertrauensleuten  
 beider Richtungen, einander gewissenhaft in  
 die Hände zu arbeiten, wovon er sich sehr  
 viel für die Verbesserung der Beziehungen  
 zwischen allen organisierten Kollegen verspricht.  
 Vom Vertrauensmann für Berlin, dem Ge-  
 wessen Richter, wünscht Medner, daß er jede

öffentliche Stellungnahme zur Frage der  
 besseren Organisationsform oder zu Gunsten  
 einer bestimmten Organisationsform vermie-  
 de. Die Versammlung wird hierauf durch Mehrheits-  
 beschluß vertagt. In ca. 3 Wochen findet  
 die Fortsetzung statt.  
**Puffendorf.** In der öffentlichen Metall-  
 arbeiterversammlung am 20. Oktober war  
 der Besuch ein sehr schwacher. Nicht einmal die  
 Organisierten waren anwesend. Kollegen,  
 die nicht aufhören, ein Jeder muß sorgen, daß  
 seine Kollegen aus ihrer Gleichgültigkeit auf-  
 gerüttelt werden, daß sie in unsere Versamm-  
 lungen kommen, um gemeinsam zu beraten  
 und zu beschließen, wie unsere traurige Lage  
 geändert werden soll. Öffentlich tragen  
 diese Zellen dazu bei, das Mißgeschick zu  
 heben und zu stärken. — Am 1. Punkt der  
 Tagesordnung: Die Bedeutung der Gewerks-  
 chaften mit besonderer Berücksichtigung der  
 Tisch-Dünder'schen, nahm Binder-Weinertel  
 das Wort und beleuchtete die Gewerkschafts-  
 bewegung von ihren ersten Anfängen an.  
 Ferner kritisierte er die Tisch-Dünder'schen  
 Gewerkschaften, deren Bestrebungen und Taktik.  
 Allgemeiner Beifall lohnte dem Redner. Die  
 darauf folgende Diskussion war eine recht  
 lebhafte. Zum Punkt 2 wurden die Kollegen  
 Georg Grob und Hugo Schotte zu Delegier-  
 ten zum Gewerkschaftstakt gewählt.  
**Dortmund.** In der letzten Versamm-  
 lung des D. M. V. wurde beschlossen, die  
 regelmäßigen Mitgliederversammlungen wie-  
 der alle vierzehn Tage stattfinden zu lassen.  
 Ferner wurde beschlossen, im Laufe der  
 nächsten Monate ein Fest zu feiern. Das  
 Arrangement desselben wurde dem Vorstande  
 überlassen. — Nach der Versammlung fand  
 ein gemütlicher Abend statt, welcher in der  
 schönsten Weise verlief.  
**Hagenau i. Sab.** Hier ist eine Ver-  
 waltungskomitee des Deutschen Metallarbeiter-  
 Verbandes gebildet worden. Bevollmächtigter  
 ist Georg Kobs in Neuhofen (15 Mitglieder  
 von Gagganau). Die Versammlungen finden  
 alle 14 Tage, Mittwoch, im Gasthaus zur  
 „Glashütte“ statt.  
**Riel.** Am 14. Oktober fand hier eine  
 öffentliche Versammlung des Tisch-Dünder'schen Ge-  
 werksvereins der Maschinenbau- und Metall-  
 arbeiter einberufenen Gewerkschaftsversamm-  
 lung statt, in welcher ein Herr Wauß aus  
 Berlin über das Thema: Welche Organi-  
 sation ist die nützlichste? sprach, über das  
 darüber sprechen wollte. Denn der Referent  
 versuchte in seinen ca. einstuhrigen Ausführ-  
 ungen alles Mögliche, nur nicht das gestellte  
 Thema. Den Inhalt seiner Rede wiederzu-  
 geben, ist kaum nötig, um so weniger, als  
 die Kollegen wohl schon alle die Eraben  
 eines Harmonie-Apostels gehört haben; es  
 genügt, wenn wir bemerken, daß Herr Wauß  
 durch spöttisch sein solche Bemerkungen zu-  
 nächst die Sozialdemokratie bekämpfte, um  
 sodann die „gewaltigen Leistungen“ der Ge-  
 werksvereine herauszufahren. Der Vortrag  
 wurde mit großer Heiterkeit aufgenommen  
 und häufig durch schallendes Gelächter unter-  
 brochen. Von den aus der überwiegenden  
 Majorität unserer Richtung bestehenden  
 Arbeitern, die in Folge des Umstandes, daß  
 freie Diskussion angeknüpft war, erschienen  
 waren, nahmen zunächst zwei Vertreter der  
 Buchdrucker das Wort, um namentlich die in  
 übertriebener Weise hervorgehobenen Leis-  
 tungen der Gewerksvereine auf's richtige Maß  
 herabzudrücken. Der Redakteur des hiesigen  
 Parteiprogramms trat Herr Wauß in Betreff  
 seiner Ausführungen über die Sozialdemo-  
 kratie entgegen. Der hiesige Bevollmächtigte  
 unseres Verbandes hob das Verhalten des  
 „Regulator“ beim Göttrower Streik hervor,  
 betonend, daß ein parlamentarischer Ausdruck  
 für eine solche Handlungswelt eines „Ar-  
 beiterblattes“ ihm fehle und ging dann wie  
 auch unser Kollege Kappel, der das Verhalten  
 der hiesigen Gewerksvereine beleuchtete, scharf  
 mit ihnen in's Gericht. Kollege R. kritisierte  
 noch das Verhalten des Vorsitzenden, der  
 freie Diskussion angeknüpft habe und hoch  
 die Redezeit auf 10 Minuten festsetzte. Die  
 bis nach Mitternacht währende Versammlung  
 brachte unseren Kollegen einmal Gelegenheit,  
 die Tisch-Dünder'schen in ihrer wahren  
 Gestalt zu sehen, denn als diese sahen, daß  
 mit sachlichen Gründen nicht gegen uns an-  
 zukommen war, wurden dieselben so persön-  
 lich, daß sie in den Augen der auch zahlreich  
 erschienenen Angehörigen anderer Gewerkschafts-  
 klassen ihren Alibi, falls sie überhaupt  
 einen gehabt, vollständig eingebüßt haben.  
 So meinte z. B. ein Herr Behmann, der eine  
 der aufgetretenen Redner habe schon im  
 Zuschauhaus gefressen, was Herr Wauß zwar  
 nachher bedauerte und es auf ein Mißver-  
 ständnis zurückführte. Herr Borenzen meinte,  
 in unserer letzten Abrechnung seien 50 000 Mk.  
 als sonstige Ausgaben aufgeführt, dieselben  
 seien wohl so (mit einer entsprechenden Hand-  
 bewegung) verschwunden, wofür ihn der Be-  
 vollmächtigte, der vorsichtshalber in richtiger  
 Ermartung der Dinge, die da kommen sollten,  
 die Abrechnung zu sich gesteckt hatte, ganz ge-  
 hörig ablaufen ließ. Eine schönere Niederlage  
 hätten sich die Gewerksvereiner nicht wünschen  
 können und ganz dasselbe Gefühl muß wohl  
 auch der Artikelschreiber des hiesigen „freiwilli-

gen“ Organs gehabt haben, der in der heutigen  
 Sonntagsnummer in einem Artikel über die  
 letzten Wochenereignisse über die Versamm-  
 lung noch schreibt: „Wir schenken die Arbeit  
 der Gewerksvereine, von deren legendärer  
 Thätigkeit der Berliner Referent seinen Zu-  
 hören gekostet, kommt zu glücklicheren  
 Resultaten, wenn sie mehr in der Stille,  
 hier aber mit gleichzeitiger Energie betrieben  
 wird.“ — Nun, so bald werden die Tisch-  
 Dünder'schen sich hier auch wohl nicht wieder  
 an die Öffentlichkeit wagen.  
**Wien.** Mitgliederversammlung des D.  
 M. V. am 16. Okt. Beim 2. Punkt der  
 Tagesordnung verlas der Kassier die Ab-  
 rechnung vom 8. Quartal. Dieselbe ergab  
 eine Einnahme von 887,40, e. Ausgabe  
 von 248,75. An die Hauptkasse wurden  
 eingeliefert am 24. Juli 816,15, jeztiger  
 Kassendebet 8,215. Die Mitglieder-  
 zahl beträgt am Schluß des Quartals 877.  
 Ein Widerspruch wurde nicht erhoben, worauf  
 dem Kassier Decharge erteilt wurde. Beim  
 3. Punkt erstattete die Bibliothekkommission  
 den Vierteljahrsbericht. Die Einnahme der-  
 selben beträgt 51,55, die Ausgabe 34,20,  
 Bestand der Kasse 17,88. Ein angekün-  
 digter Vortrag mußte wegen akuten  
 Besuch der Versammlung vertagt werden.  
 Zum Schluß richtete der Vorsitzende einen  
 Appell an die Versammelten, instig doch  
 für einen besseren Besuch zu tragen.  
**Münster.** An die Metallarbeiter  
 von Münster und Umgebung. In letzter  
 Zeit ist unter den Mitgliedern eine große  
 Trägheit eingetreten, die angesichts der  
 traurigen Löhne und anderer Mißstände,  
 welche hier zu finden sind, doppelt bedauerlich  
 ist. Macht man die Kollegen auf ihre Pflich-  
 ten aufmerksam, so sagen sie einfach: Ich  
 nicht und doch nichts. Kollegen, habt Ihr  
 es schon vergessen, was man Alles ange-  
 wandt hat, um Euch zum zu machen? Und  
 jetzt wollt Ihr wieder in den alten Schlum-  
 mer verfallen. Kollegen, es ist die höchste  
 Zeit, daß wir uns fest zusammenschließen,  
 damit uns nicht der Vorwurf gemacht wird,  
 wir seien an unserer traurigen Lage selbst  
 schuld. Eure heiligste Pflicht ist es, wann  
 für Mann für den Verband einzutreten, dann  
 können wir auch etwas erreichen. Wehrgibt  
 diese, denkt nicht, ohne mich geht es auch.  
 Wenn wir mit vereinten Kräften arbeiten,  
 so werden wir im Stande sein, die hier  
 herrschenden Mißstände zu beseitigen. Thue  
 darum Jeder seine Pflicht, agitiere Jeder für  
 den Verband und ziehe neue Mitglieder  
 heran.  
**Neubrandenburg.** Am 19. Oktober  
 fand eine Versammlung der hiesigen Zahl-  
 stelle statt. Trotdem es den Mitgliedern  
 bringend an's Herz gelegt war, waren sie  
 doch nicht alle erschienen. Auch waren an  
 Nichtmitglieder Einladungen per Karte und  
 auch mündlich ergangen. Allein, als die  
 Versammlung eröffnet werden sollte, zählte  
 man 2 Mitglieder. Nichtmitglieder waren  
 überhaupt nicht erschienen, trotzdem es wohl  
 sehr nötig wäre, wenn sich dieselben ange-  
 stände der Lebensverhältnisse, die hier noch in den  
 Werkstätten herrschen, der Organisation an-  
 schließen. J. W. wird in einer Maschinen-  
 bauanstalt im Stundenlohn gearbeitet (im  
 Sommer den Tag bis zu 15 Stunden).  
 Tomorrow wird keine Frühstück- und keine  
 Vesperpause gehalten, es verhaßt Jeder sein  
 Glaschen „Sant“ nebenher, um die Stunde  
 nicht zu verlieren. Wir rufen daher den  
 nichtorganisierten Metallarbeitern von Neu-  
 brandenburg zu: „Wachet doch einmal auf  
 und brecht mit dem alten Schandrian, und  
 schließt Euch dem D. M. V. an. Denn ein-  
 zeln sind wir nichts, aber vereint bilden wir  
 eine Macht.“  
**Metalldrücker.**  
**Gannstatt.** In Nr. 244 der „Schwäb.  
 Tagwacht“ befindet sich die nachfolgende  
 Notiz unter „Arbeiterbewegung und Soziales“:  
 „Aus Gannstatt wird uns von Herrn Her-  
 mann Weisenburger u. Ko., Metall-  
 waaren- und Feuerwehrrüstfabrik, mit-  
 geteilt, daß am 16. Oktober, Abends, von  
 ihm fünf Metalldrücker entlassen  
 worden seien, weil sie die ihnen vorge-  
 legten billigen Artikel nicht machen wollten.  
 Dieselben hätten nach Angabe der Firma  
 nachweislich pro Tag 4,50 bis 5 und  
 mehr verdient und somit ganz gut mit ihrer  
 Stellung zufrieden sein können.“ Nach dieser  
 von der Firma an die Redaktion der  
 „Schwäb. Tagwacht“ gesandten Notiz könnte  
 es den Anschein erwecken, als seien die Ar-  
 beiter der Firma Weisenburger in Gannstatt  
 auf Rosen gebettet, denn bei einem Verdienst  
 von 4,50 bis 5 und mehr (8) „ließe  
 sich auch zur Not in Gannstatt noch leben.“  
 Leider aber strafen die Thatfachen die obige  
 Behauptung scharf, die nachstehende Daten  
 beweisen mögen. Vor uns liegen einige  
 Aktenstücke von den vier ausgetretenen Ar-  
 beitern, und zwar von einem über 22, bei  
 einem über 5 und bei zweien über je drei  
 Zahlungsfristen. Die Abrechnungsperioden  
 sind 14tägige und leisten in der Zwischen-  
 zeit die Firma sogen. Vorschüsse. Der Ar-  
 beiter R., von dem 22 Abrechnungsgeld des

letzten Jahres vorliegen, rechnete in je  
 14 Tagen ab mit 24, 27,80, 29, 29,60,  
 29,65, 30,23, 28,84, 22,10, 21,98, 26,61,  
 20,87, 28,08, 18,06, 27,58, 28,76, 28,68,  
 21,03, 20,94, 27,02, 26,21, 24,20 und 17,08.  
 Also in Summa 333,14. Dieser Ar-  
 beiter wurde aber, sobald er im Lohn ar-  
 beitete, mit 24 3/4 pro Stunde bezahlt und  
 hätte in dieser Zeit, sofern er ständig in  
 Lohn beschäftigt gewesen wäre, 22x120  
 Stunden (2 Wochen à 60 Stunden laut  
 Arbeitsordnung § 2) à 24 3/4 = 633,60  
 verdient, wofür hat sein Verdienst nicht nur  
 nicht 4,50 bis 5 erreicht, sondern ist  
 hinter seinem Lohn von 633,60 pro Tag  
 noch um ein Bedeutendes zurückgeblieben.  
 Ähnlich, wenn auch nicht ganz so schlecht,  
 steht es mit den anderen Arbeitern. Der  
 Arbeiter O. erzielte in 5 einanderfolgenden  
 Zahlungsfristen 159,07, das macht auf den  
 Arbeitstag durchschnittlich 31,80, auf die  
 Woche 4 15,90. Seinen Lohn pro Stunde  
 mit 3 angenommen, übersteigt sein Ver-  
 dienst von Lohn allerdings, bleibt aber bei  
 weitem hinter der von der Firma ange-  
 gebenen Summe von 4,50 und 5  
 zurück, er verdient immer erst 2,85.  
 Weniger geeignet zur Beurteilung der Ver-  
 hältnisse sind die Abrechnungen der andern  
 beiden Arbeiter, weil hier die Zahl der  
 Zahlungsfristen zu gering ist. Sie um-  
 fassen drei Termine, die nicht einmal auf-  
 einanderfolgen, die aber demnach der Voll-  
 ständigkeit halber angeführt werden mögen.  
 Der Arbeiter G. weist Beitel mit 82,84,  
 22, und jedenfalls den Schlussbeitel beim  
 Austritt aus der Arbeit mit 8 auf.  
 Sein Verdienst stellt sich in je zwei Wochen  
 auf 11 und 16,82, sein Lohn ist mit  
 30 3/4 die Stunde angesetzt. Also auch hier  
 bleibt der Verdienst hinter dem Lohn zurück.  
 Annähernd den von der Firma behaupteten  
 Verdienst, jedoch nicht ganz, erreichte der Ar-  
 beiter N., von dem ein Beitel über 52,40  
 und je einer mit 88 und 88,20 in  
 14 Tagen vorliegt. Zu bemerken ist hier-  
 bei, daß es sich hier zum Teil um Arbeiter  
 handelt, die, wie die Abrechnungsgelder be-  
 weisen, schon längere Zeit im Geschäft  
 thätig sind (zwei davon mindestens ein Jahr),  
 und die die Firma nicht beschäftigen würde,  
 wenn sie nicht ihre Arbeit gebrauchen könnte.  
 Trotz des keineswegs glänzenden Verdienstes  
 hätten sich die Arbeiter auch leicht nicht ent-  
 schlossen, die Arbeit niederzulegen, wenn  
 nicht die Firma sich hätte beifommen lassen,  
 von einem Artikel den Preis zu reduzieren,  
 der bisher immer noch der sogen. „Maß-  
 reicher“ für die schlecht bezahlten Arbeiter  
 war, und wenn seitens der Firma die von  
 ihr erlassene Arbeitsordnung beachtet worden  
 wäre. § 14 derselben besagt: „Arbeiter-  
 werden nach dem in der Fabrik  
 geltenden Tarif bezahlt. Lassen sich neue  
 Artikel nicht vor Fertigstellung der Arbeit  
 feststellen und erhebt sich deshalb Streit, so  
 entscheiden drei Kollegen des betr. Arbeiters  
 ein gültiges für beide Parteien, während der  
 Gewerkschaftsweg ausgeschlossen ist. Die Form  
 ist angenommen, daß Akkordverdienst 25 bis  
 33 Prozent höher sein soll, als der mittlere  
 Tagelohn der betr. Branche.“ — Bei Be-  
 kanntwerden der Reduktion glaubten die Ar-  
 beiter unter Berufung auf § 14 Abs. 1 eine  
 Vermittlung vorschlagen zu müssen, wurden  
 aber vom Chef mit den Worten: „Das geht  
 sie nichts an, er könne machen was er wolle“,  
 barsch abgewiesen, während der Meister seiner  
 Zwischenstellung dadurch die richtige Illu-  
 stration verschaffte, daß er meinte: „Mit  
 2,50 könnte ein Familienvater ganz  
 gut leben.“ — Geht aus diesem schon zur  
 Genüge die „Arbeiterfreundlichkeit“ des  
 Herrn Weisenburger hervor, so wird sie noch  
 mehr gekennzeichnet dadurch, daß nicht die  
 Konkurrenz, sondern sein eigenes Ich ihn zu  
 diesem Schritt verleitete. Die von ihm als  
 Anlaß angeführte Konkurrenz zählt für den  
 gleichen Massenartikel für den die Firma  
 Weisenburger u. Ko. bisher 1 1/2 3/4 zahlt  
 und für fünfzig in 1 3/4 zahlen will, immer  
 noch 1 1/2 3/4, und hat unter der keinwegs  
 vornehmen Konkurrenz der Firma Weisen-  
 burger zu leiden, nicht aber umgekehrt. Alles  
 in Allem wird Jeder sich nach Obigem  
 darüber klar sein, daß die Arbeiter dem  
 Vorgehen der Herren Weisenburger u. Ko.  
 entgegenzutreten mußten, selbst auf die Gefahr  
 hin, außer Brod zu kommen. Alle Sieben  
 haben es gethan, aber nur vier davon haben  
 Stand gehalten, drei von ihnen, die Metall-  
 drücker Beck, Brunnengräber und Winter  
 sind in die Fabrik zurückgekehrt und halten  
 es für zweckmäßiger, lieber den Arbeitern  
 etwas fester anzuziehen als mit ihren Kol-  
 legen zur Verbesserung ihrer Lage zu kämpfen.

**Die Löhnbewegung im englischen Schiffsbau.**

In der großartigen Industrie des Schiff-  
 baus in England ist eine Krise betreffs der  
 Lohnfestsetzung ausgebrochen. Im Herbst  
 1892 und 1893 willigten die Schiffsbauente  
 angesichts eines schlechten Geschäftsganges in  
 Reduktionen bis zu 2 Schillingen ein, unter  
 der Bedingung, daß bei günstiger Geschäfts-



lage die Arbeiter wieder den alten Lohn zahlen würden. Jetzt ist, wie wir unten sehen werden und wie die Unterachmer gar nicht bestreiten, ein ungemein flotter Betrieb eingetreten und die Arbeiter verlangen daher ihren alten Lohn zurück. Jedoch die Schiffbauherren machen die Ausflucht, sie wählten nicht, ob der Arbeitsandrang von längerer Dauer sei und wollen nur von März nächsten Jahres an 1 Schilling beim Zeitlohn und 6 Proc. beim Stücklohn drauflegen; jetzt verdienen die Arbeiter in der Woche von 54 Arbeitsstunden 82 Schillinge.

Ueber diese Uneinigkeit ist es zum Auslande gekommen, die Nachrichten sind zur Stunde noch unklar, in welchem Maße, wahrscheinlich sind vorläufig nur 8000 Schiffmechaniker in Belfast daran beteiligt. Man munkelt aber von einem Bündnisse der Irlande Schiffbauarbeiter mit denen von Großbritannien, der Art, daß bei Ausständen in dem einen Bezirke die Ausperrung in den anderen stillzustellen habe oder es soll eine solche Koalition rasch geschlossen werden. Die englischen Schiffbauherren scheinen jedoch zunächst nicht sehr dazu geneigt, obwohl sie an dem Ausgange des Streiks in Belfast (Irland) allerdings ein nahegelegenes Interesse haben, denn voraussichtlich bleiben ihre Arbeiter nicht zurück, wenn die in Belfast ihre Forderungen durchsetzen. Es ist nun eine Frage der nächsten Tage oder Wochen, ob die Bewegung den ganzen englischen Schiffbau erfassen wird, sei es durch Ausperrung oder durch Anschluß der Arbeiter an ihre ausländischen Kameraden, oder ob sie auf den inländischen Hafen Belfast beschränkt bleibt.

Ueber die Ausdehnung des englischen Schiffbaues, seine jetzige Lage und die ökonomische Bedeutung eines Streiks der bei ihm beschäftigten vielen Tausende Arbeiter erhalten wir aus den in der „Leipziger Volkszeitung“ angeführten statistischen Tabellen von Blochs Register über den Stand der Schiffbau-Industrie am 30. September d. J. Aufschluß.

In dem an diesem Datum zu Ende gehenden Quartale wurden auf englischen Schiffwerften 814 Dampfer mit einem Gehalte von 688 999 Tonnen und 42 Segelschiffe mit 27 578 Tonnen gebaut, d. h. 16 000 Tonnen mehr in Dampfschiffen und 7000 Tonnen weniger in Segelschiffen als im vorhergehenden Quartale und 88 000 Tonnen mehr als im entsprechenden Quartale des Vorjahres. Die meisten im Bau begriffenen Schiffe, d. h. 285 Dampfer mit 543 259 Tonnen werden für Rechnung englischer Arbeiter gebaut, welche auch 21 Segler mit 18 302 Tonnen bestellt haben. Für britische Kolonien sind 8 Dampfer mit 2000 Tonnen in Arbeit, für Rußland 11 Dampfer mit 30 180 Tonnen, für Deutschland 9 Dampfer mit 81 280 Tonnen, für Brasilien 6 Dampfer mit 2140 Tonnen, für Norwegen 4 Dampfer mit 10 880 Tonnen und für Frankreich 8 Dampfer mit 4217 Tonnen. Unter den im Bau befindlichen Schiffen befinden sich 4 Dampfer mit über 8000 Tonnen, 2 über 7000, 13 über 5000.

Wie schwer England von der drohenden Arbeitsperre betroffen würde, kann man ebenfalls aus Blochs Tabellen ersehen, wonach an der Clyde (Schottland) 106 Schiffe mit 280 000 Tonnen gebaut werden, an der Tyne (Newcastle) 52 Schiffe mit 108 788 Tonnen, an der Wear (Sunderland) 42 Schiffe mit 119 895 Tonnen und an der Tees (Stockton) 24 Schiffe mit 51 815 Tonnen. Im Vergleiche dazu werden in Belfast (Irland), wo die Krisis ihren Anfang genommen hat, nur 18 Schiffe gebaut, aber ihr Tonnengehalt ist 97 488. Es sind also durchschnittlich große Fahrzeuge.

Unter den obigen Zahlen sind nur Kaufschiffe gemeint; um jedoch von dem Stande der Industrie einen richtigen Begriff zu erhalten, ist es nötig, auch von den im Bau begriffenen Kriegsschiffen Notiz zu nehmen, soweit sie in staatlichen Dockyards und auf Privatwerften gebaut werden. Die britische Admiralität läßt zur Zeit in den staatlichen Werften 15 Kriegsschiffe mit einer Wasserverdrängung von 125 180 Tonnen bauen und hat an Privatfirmen weitere 87 Schiffe mit 99 100 Tonnen Wasserverdrängung vergeben, die alle in Arbeit sind. Außerdem werden für Rechnung auswärtiger Regierungen 10 Kriegsschiffe mit einer Wasserverdrängung von 87 855 Tonnen gebaut, zumeist an der Clyde (Glasgow), so daß den obigen Zahlen noch 62 Kriegsschiffe mit 261 505 Tonnen Wasserverdrängung zugefügt werden müssen.

### Die Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine als Gegner der Arbeitsämter

Ist das fast ungläubliche, aber durchaus wahre Novum in der Arbeiterbewegung. In voriger Woche fand in Berlin die Versammlung statt, in welcher der Verbandskassier Klein dieses Thema besprach und in langatmigen Ausführungen seinen ab-

schneidenden Standpunkt zu den städtischen oder mit Subvention aus kommunalen Mitteln eingerichteten Arbeitsnachweisen geltend machte. Er ist auch Gegner des Ventrabereins für Arbeitsnachweise, so weit derselbe beabsichtigt, die Arbeitsvermittlung auch auf gelernte Arbeiter auszu dehnen, was durch die entgegenkommende Haltung mancher Innung erleichtert wird. Der Redner folgerte, daß der Zwangs-Arbeitsnachweis, wie ihn die verschiedenen deutschen Kommunen planen oder schon eingerichtet haben, als eine „willkommene Beute für die Elemente“ erkeint, die auf der Basis des Umsturzes stehen. Die Gewerksvereine sträubten sich aber einfach deshalb dagegen, weil sie ihren Mitgliederbestand durch die Arbeitsvermittlung erhalten. Der Sozialdemokrat machte der Referent einen Vorwurf daraus, daß sie nicht protestiert hat, als die Idee der städtischen Arbeitsnachweise zuerst auftauchte; sie hätte dabei nicht arbeiterfeindlich gehandelt. Es mag sich konisch anhören, daß wir dies thun wüßten, wir, die Gewerksvereine, die den Frieden mit den Arbeitgebern auf unsere Fahne geschrieben haben. Hoffentlich schließen sich die Sozialisten und in dieser Frage an.

In dieser Art, die sich allerdings hoch-konisch anhört, begründete der Referent seine durch Sachkenntnis nicht geklärte Ansicht. „Wenn wir in dieser Weise vorgehen“, meinte er am Schlusse, „werden die Gegner hochachtungsvoll auf uns herniedersehen.“ In der Diskussion wurde die Ueberzeugung des Referenten, der die Gewerksvereine als die einzigen prinzipiellen Gegner der Zwangs-Arbeitsnachweise hingestellt hatte, von einem sozialdemokratischen Arbeiter gebührend zurückgewiesen; derselbe Redner machte noch auf die traurige Haltung aufmerksam, die die auch freiwilligen Stadtverordneten bei Verhandlung der Arbeitsnachweisefrage im städtischen Parlament eingenommen haben.

Dr. Max Hirsch fand, daß die Frage des Arbeitsnachweises sehr aufgebauscht werde; schon im Jahre 1868 hätten die Gewerksvereine zu dieser Angelegenheit in ihren Statuten Stellung genommen, während die sozialistischen Gewerkschaften heute noch eine widerspruchsvolle Haltung einnehmen. Redner war fest überzeugt, daß die Sache darum noch nicht endgiltig geregelt ist, weil die deutschen Arbeiter bisher versäumt hätten, sich sämtlich in den Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine zu organisieren. Herr Hirsch war ferner darüber unangehalten, daß einer der Vorredner an den lauteeren Absichten der Herren „Arbeitgeber“, welche Arbeitsnachweise eingerichtet haben (Berliner Metallindustriellen zc.) gewußt hätte; er meint, man dürfe diesen Herren keine bösen Absichten unterstellen und ihre Handlungen so als eine Art Tücke gegen die Arbeiter hinstellen. (11)

In derselben „arbeiterfreundlichen“ Weise wie sein Herr und Meister sprach der durch seine Agitationsreisen in ganz Deutschland sattsam bekannt gewordene Redakteur des „Gewerksvereins“, Goldschmidt. Dieser Herr muß, nach seinen Auslassungen in der Versammlung zu urtheilen, mit einer gehässigen Portion Unwissenheit begabt sein. Er redete seinen Reden, nachdem er ihnen von der „marginalischen“ Pariser Gemeindeverwaltung erzählt hatte, ein, daß die Bureau der dortigen Arbeiterbörse, weil sich die Sozialisten erklärt hatten, von den eigenen Bestimmungsgenossen, d. h. der sozialistischen Stadtverwaltung geschlossen und die Arbeitsnachweise auf die Straße gesetzt worden seien. „Denken Sie, meine Herren“, so rief der Redner pathetisch, „das geschieht von den eigenen Genossen!“ Bekanntlich ist die Sache so gewesen, daß der Pariser Arbeiterbörse vom Minister Vorarbeiten gemacht wurden, welche die Gewerkschaften der Arbeiter nicht annehmen wollten und konnten; das war der Grund, weshalb die Arbeitsbörse vom Arbeitsbörseauschusse, nicht von der Stadtverwaltung, die im Uebrigen durchaus noch nicht „marginalisch“ ist, geschlossen wurde. Aus der weiteren Debatte ist noch hervorzuheben, daß ein Redner für gemeinsame Arbeitsnachweise der Arbeitnehmer und Arbeitgeber plaidierte, weil bei dem gegenwärtigen Systeme die Unternehmer benachteiligt würden! Eine große Freude wurde dem Versammlungsbereite, als ein Regierungsdirektor v. Kostig aus Dresden zum Wort gelangte, der die Größe der dortigen Gewerksvereine überbrachte und die Anwesenden ermahnte, in gleicher Weise wie die Dresdener mit den „guten“ Arbeitgebern zur Errichtung von Arbeitsnachweisen in Verbindung zu treten. Die auch von dem Verbandsanwalt Dr. Max Hirsch befruchtete Resolution wurde dann angenommen. Die Versammlung erklärt sich darin gegen die städtischen Arbeitsnachweise und solche mit städtischer Subvention. Sie spricht sich auch gegen den Freundlichen Zentralarbeitsnachweis aus, weil dieser dem vielfältigen Bedürfnisse nicht genügt, und verlangt, daß der Arbeitsnachweis der Thätigkeit der organisierten Berufe überlassen bleibt.

### Technisches.

**Fortschritte in der Aluminium-Erzeugung.** (Mitgeteilt vom Patent- und technischen Bureau von Richard W. Hertz in Berlin.) In einem Jahresrückblick auf Industrie und Wissenschaft schreibt ein amerikanisches Fachblatt über die Entwicklung der Aluminium-Industrie im Jahre 1894 Folgendes:

Ein entscheidender Fortschritt kann in dieser Industrie nicht berichtet werden. Die elektrolytische Herstellungsart ist noch immer die billigste und sind die Aussichten auf eine wesentliche Verbilligung der Herstellungskosten dieses Metalls sehr gering. Die elektrolytische Methode kann nicht mehr viel verbessert werden, und die Hoffnung, billigeres Aluminium zu haben, hängt entweder von der Entdeckung eines radikalen neuen Verfahrens in der Erzeugung des elektrischen oder von einer bedeutenden Verbesserung des chemisch-metallurgischen Herstellungsverfahrens ab. Die Wahrscheinlichkeit der Entdeckung einer chemischen Methode, die eine billigere Herstellung des Aluminiums erlaubt, als das gegenwärtige elektrolytische Verfahren, ist sehr gering. Die berufenen Sachverständigen in dieser interessanten Frage neigen zwar der Ansicht zu, daß die Verbilligung der Herstellungskosten von Aluminium durch chemische Methoden ermöglicht werden würde, so daß man das reine Metall fertig für den Handel direkt aus den Erzen durch den Ofenprozeß oder, ohne erst die kostspielige Reinigung vornehmen zu müssen, durch den elektrischen Prozeß gewinnen können würde.

Erhebliche Fortschritte sind hinsichtlich der Begrünungen mit Aluminium gemacht worden. Dieselben finden in der Herstellung von Instrumenten, physikalischen und chemischen Vorrichtungen u. s. w. Verwendung. — Der üblichen Lösung des Problems, Aluminium zu löten, scheint die eigenartige Natur des Metalls als ein ernstliches Hindernis entgegenzustehen. Die von J. Richards vorgeschlagene Methode, einen geringen Procentsatz Phosphor in die Lötze zu thun, scheint die jetzt mehr bevorzugte zu haben, als jedes andere Verfahren, doch hat dasselbe auch noch viele Schwächen. — Die Verwendung von Aluminium zu Küchengeräten nimmt stetig zu und die Herstellung solcher Artikel hat sich zu einer beträchtlichen Industrie entwickelt. Die Frage, ob sich das Metall zu Gefäßen für Nahrungsmittel eignet, ist sehr eingehend geprüft worden und man hat sich einstimmig dafür ausgesprochen. Wie die Sache jetzt liegt, ist es sehr wahrscheinlich, daß das Aluminium in wenigen Jahren in keiner anderen Industrie so viel Verwendung finden wird, als in der Herstellung von Küchengeräten.

**Als Schutzmittel gegen Gefrieren von Wasserleitungen.** welche in einem im Freien liegenden Erd-Einschnitt verlegt werden, empfiehlt die „Wochenschr.“ des niederrheinischen Gewerbe-Vereins die Rohrleitungen zunächst mit einer dichten Schicht Sägefläne zu bedecken, darüber einige Zentimeter hoch Stroh anzubreiten, auf die Strohschicht sodann einzelne faustgroße Stücke ungelöhten Kalks zu legen und hierauf den Einschnitt zuzuschütten und die Erdschicht darüber festzukampfen. Gefriert der Erdboden bei sehr strenger Kälte bis zur Tiefe der Rohrleitung, so gleicht der Kalk Feuchtigkeit an und die dabei aus dem Kalte frei werdende Wärme soll genügen, um das Einfrieren des Wassers in der Leitung sicher zu verhindern. Allerdings genügt die beschriebene Bedeckung derselben nur für einen einzigen strengen Winter. — In der genannten Wochenschrift heißt es weiter: Um verrostete Rohre anzufahren, öffnet man den Erd-Einschnitt etwas, legt Kalkstücke ein, fällt dann wieder Erde darüber und begießt diese danach mit Wasser. Die Stroh- und Sägefläne-schichten übertragen die aus dem Kalte frei werdende Wärme auf die Rohrleitung, schälen das Eisen derselben aber vor Korrosiver Einwirkung des Kalkes.

**Schwarzes oder Dunkelblaues Eisenblech herzustellen.** Einem halbbaren schwarzen Ueberzug erhält belaptes Eisenblech, indem man es mit einer Mischung von 12 Th. Terpentinöl und 1 Th. Schwefel, die im Wasserbade zusammengemengt wird, bestreicht oder eintaucht und hierauf stark erhitzt, wodurch das Terpentinöl verflüchtigt. Ein Abreiben des Bleches mit trockenem Wollwolle erhöht den Glanz der Bleche. Ferner erreicht man auch den Zweck auf folgende Weise: Das Blech wird über dem Feuer schwarzblau und sehr gleichmäßig angeglänzt; sobald die Farbe zu erbleichen beginnt, wird es rasch mit Knochenmehl bestreicht, vom Feuer aber nicht gänzlich weggenommen, sondern nur etwas aus der direkten Hitzeeinwirkung entzückt. Ist das Blech vollständig veräuchert, so läßt man das Blech langsam abkühlen und reibt oder bürstet es mit einer weichen Bürste oder weichen Wappens und Holzkohlenpulver. Während diese Verfahren häufiger angewandt werden, ist noch

folgendes weniger bekannt. Man legt unter gutem Umrühren so lange in Terpentinöl suspendiertes Schwefelblech, bis ein dicker, schwarzer Brei entsteht. Denselben wäscht man so lang mit reinem Wasser, das man oft erneuert, bis keine Reaktion mehr vorhanden, d. h. blaues Nachwapppapier darf sich beim Berühren mit dem Brei nicht röthen. Alles Wasser läßt man gut abtropfen, verdammt den Brei, falls sein Auftragen auf das Blech schwierig ist, mit Terpentinöl, streicht ihn gleichmäßig auf das Blech auf, brennt den Ueberzug in gleichmäßigen nicht qualmenden Feuer ein und polirt hierauf mit Seibul und Wappens. Durch diesen Ueberzug wird eine chemische Verbindung mit dem Eisen hergestellt, die natürlich viel fester und dauerhafter ist, wie die nur oberflächliche Färbung. Zum Blauschönen des Eisenblechs ist das Anlassen auf einer mit einer Schicht gefälltem ungelöhtem Kalk oder feinem Sand bedeckten Eisenplatte, die über einem schön gleichmäßigen Feuer gelagert ist, das zuverlässigste Verfahren. Eine chemische Methode ist folgende. In 1 Liter Wasser werden 35 Gr. essigsaures Bleiglüh, 140 Gr. unterschwefelsaures Natrium, gleichfalls in 1 Liter Wasser, beides getrennt gelöst und nach vollständiger Lösung zusammengelassen, gut durchrührt, auf 100° C. erwärmt und die Bleche eingetaucht, ferner: 200 Th. Wasser, 1 Th. rothes Wismuthoxyd und 200 Th. Wasser, 1 Th. Selenchlorid, beide Lösungen zusammengemischt und das Blech eingetaucht. Nach dem Eintauchen werden die Bleche in jedem Falle abgespült, durch warmes Wasser gezogen, in Sägespähnen getrocknet und zur Entfernung der Feuchtigkeit aus den Poren leicht angewärmt.

### Gerihts-Zeitung.

**Beachtung seitens der Gewerkschaftskartelle verdient ein Urtheil des Kammergerichts in Berlin.** Der Thatbestand ist folgender: Der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells zu Frankfurt a. M., Trompeter, war seinerzeit vom Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 25 M. verurtheilt worden, weil er als Leiter eines Vereins, der öffentliche Interessen verfolgt, die Statuten desselben der Polizei nicht eingereicht habe. Von der Anklage, Frauen im Verein gebildet zu haben, wurde T. freigesprochen. Gegen das Urtheil legte sowohl T. wie die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Der Angeklagte bestritt vor Allem, daß das Gewerkschaftskartell als Verein anzusehen sei. Dasselbe hätte überhaupt keine Statuten, seine Angehörigen würden jährlich gewählt und seien Delegirte von Gewerkschaften. Die Strafkammer in Frankfurt trat jedoch der Ansicht des Vorderrichters bei, daß ein Verein vorliege, der gemäß einer gefaßten Resolution bezwecke, die Interessen der in ihm vertretenen Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern und dem Staat zu wahren. Der Verein, genannt Gewerkschaftskartell, bleibe bestehen, wenn auch die Mitglieder wechselten. Das Kartell geze bestimmte politische Zwecke nach. Sein Vorsitzender hätte innerhalb dreier Tage Statuten bei der Polizei einreichen müssen, wenn auch seitens des Kartells dieselben nicht schriftlich festgestellt seien. Sonach wurde die Berufung des Angeklagten verworfen, während der Berufung der Staatsanwaltschaft stattgegeben und Trompeter zu einer weiteren Geldstrafe von 25 M. verurtheilt wurde mit der Begründung, er habe thatsächlich Frauen in das Kartell aufgenommen und gebildet, d. h. in einem Verein, der politischen Zwecken diene. Trompeter suchte die Entscheidung im Revisionswege an, indem er behauptete, die Begriffe „Verein“, „politischer Verein“ und „öffentliche Angelegenheiten“ seien verkannt worden. Der Strafsenat des Kammergerichts wies die Revision zurück. Wenn die Strafkammer das Gewerkschaftskartell für einen Verein mit politischen Zwecken halte, dann sei das durchaus nicht rechtsirrig thätlich.

**Ein hartes Urtheil.** Am Donnerstags wurde der Redakteur der Zeitschrift: „Der Fackelgenosse“, Reichstagsabgeordneter Genosse Georg Horn in Abttau, wegen Beleidigung der Direktoren der Aktien-Gesellschaft für Glasindustrie, vormalig Siemens in Abttau von der III. Strafkammer des Dresdener Landgerichts zu zehn Monaten Gefängniß verurtheilt. Da H. außer der eben ausgesprochenen Strafe noch weitere zwei Strafen zu verbüßen hat, die ihm vom Landgericht Odenburg und Amtsgericht Dresden in Höhe von je 5 Monaten zuerkannt sind, wurde er sofort in Haft genommen, soll jedoch gegen eine Kaution von 10 000 M. auf freien Fuß gesetzt werden. Die Beleidigungen waren in Nr. 34 vom 1. September 1894, Nr. 40 vom 5. Oktober 1894 enthalten und trugen die Ueberschrift: „Sprechstunden für Arbeiter“, „Probenhaftigkeit“, „Prügelregiment und Verurtheilung“, sowie in einer Briefkastennotiz in Nr. 34 des „Fackelgenosse“ und bestrafen sämtliche Vorstände, die in dem



Vertriebe der Aktiengesellschaft für Glasindustrie... Die Direktion der Aktiengesellschaft für Glasindustrie...

Vermischtes.

Berlin. Eine außerordentliche Versammlung der Delegierten der Berliner Gewerkschaftskommission...

Hirschbühner'sche Gewerksvereine Thüringens... Die Hirschbühner'schen Gewerksvereine Thüringens...

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, S. G. W. Dieck' Verlag) ist soeben das 4. Heft des 14. Jahrgangs erschienen...

Kongress-Protokoll, Preis 30 J., Porto 10 J. Partienbezug: Rabatt. Zu beziehen durch die Buchhandlung des „Vorwärts“...

Briefkasten.

Ch. Sch., Mannheim. Für Ihren Brief danken wir 20 J. Strafporto bezahlet. Wir erwidern wiederholt, Sendungen an uns richtig zu frankieren...

Verbands-Anzeigen.

In jeder Versammlung werden neue Mitglieder aufgenommen und können Beiträge bezahlt werden.

Aachen. Montag, 18. Nov., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Aiton-Ottenfen. Montag, 4. Nov., Abds. halb 9 Uhr, bei Buchholz („Karlsruhe“), Ottenfen, am Felde, Mitglieder-Versammlung.

Bergedorf. Sonnabend, 2. Nov., Abds. punkt 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in „St. dt. Schwenke“. Vortrag von Wm. Stolte-Hamburg über: Kulturfortschritt und moderne Arbeiterbewegung.

Berlin. D. Wittkop, 6. Nov., Abds. halb 9 Uhr, Versammlung bei Bergner, Annenstr. 10. Vortrag des Schriftführers Ch. Schütz über: Parteipolitische Wahrheiten und soziale Notwendigkeiten.

Berlin. Als Bevollmächtigter fungiert jetzt: Wilhelm Walter, Pieperstr. 3.

Breslau. (Sektion der Klempner.) Jeden 2. Sonnabend im Monat, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in Haber's Restauration, Kleine Grobengasse 15.

Breslau. Das Vereinslokal des D. M. V. befindet sich jetzt bei Herrn Bruch in „Schiffel“, Fischergasse. Nur zahlreiches Erscheinen am Sonnabend, 2. November, wird erwünscht.

Charlottenburg. Aufnahme neuer Mitglieder zu jeder Zeit bei Weyer, Wallstraße 66 und bei Walter, Magazinstr. 15. Auskunft betr. Versammlungen dorthelbst.

Düsseldorf. Sonnabend, 9. Nov., auf der „Hindenterrasse“.

Düsseldorf. Samstag, 2. Nov., Abds. 9 Uhr, bei G. Schwarz, Gerresheimerstr. u. Schützenstr. Ecke, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag.

Essen a. d. Ruhr. Sonntag, 8. Novbr., Abds. 8 Uhr, Versammlung bei Spicker. Die rückständigen Mitglieder werden auf 5 J. Abf. G. aufmerksam gemacht.

Ferndorf. Samstag, 2. Nov., Abds. 8 Uhr, in der „Sonne“ Mitglieder-Versammlung. Vortrag.

Hensberg. (Allg.) Sonnabend, 9. Nov., Mitglieder-Versammlung. Die Mitgliedsbücher sind alle zur Revision mitzubringen.

Frankfurt a. M. (Allg.) Samstag, 2. Nov., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Orken Wald“, Mäckerlingstr. Vortrag. Sonntag, 3. Nov., Nachm. 4 Uhr, gemeinschaftliche Zusammenkunft beider Verwaltungsgesellschaften bei Dittel, Wasserweg in Sachsenhausen.

Gießen. Sonnabend, 2. Novbr., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal.

Hamburg. (Sektion der Klempner.) Dienstag, 5. November, Abends halb 9 Uhr, bei Neisner, hohe Bleichen 60, Mitglieder-Versammlung. Vortrag. Abrechnung vom 3. Quartal.

Heilbronn. Samstag, 2. November, Mitglieder-Versammlung. Die Restanten werden auf 5 J. Abf. a. aufmerksam gemacht.

Karlruhe. Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, bei Kollege Kalmbach, Kaiserstraße (alte Brauerel Ged), Mitglieder-Versammlung. Die Restanten werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Kiel. (Sektion der Klempner.) Wegen der beiden öffentlichen Protestversammlungen findet die Mitglieder-Versammlung nicht am 5. d. M., sondern am 19. November, Abends 8 Uhr, in den „Zentralhallen“, statt.

Kundoberg u. W. Sonnabend, den 2. November, Abends 8 Uhr, bei Herrn Jomärker, Mühlensstraße 8 (nicht mehr bei Rothenburg), Mitglieder-Versammlung.

Limbach i. S. Sonntag, 10. Novbr., Nachmittags 2 Uhr, im Hotel „Johannesbad“, Versammlung. Abrechnung vom 2. und 3. Quartal 1895.

Linden. Sonntag, 3. November, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale zur „Neuen Welt“, Davenstedterstraße Nr. 69, Versammlung. Wann wollen wir unsere Versammlungen für das Winterhalbjahr stattfinden lassen.

Lübeck. Am 6. November, Abends 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Wahl eines Schriftführers, sowie Wahl eines Kartellbegleiters.

Judenwalde. Sonnabend, 2. Novbr., Abends halb 9 Uhr, im Lokale der Ww. Schütze, Beellherstr. 34, Mitglieder-Versammlung.

Neu-Ferndorf. Sonntag, 3. Novbr., Nachmittags halb 5 Uhr, im „Deutschen Haus“, Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Kollegen Götze: Es muß erst schlechter werden, ehe es besser wird.

Neumünster. Versammlung bei Kellermann. Vortrag. Wahl eines Vorstehers.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede.) Samstag, 9. November, Abends halb 9 Uhr, im „Jammertal“, Mitglieder-Versammlung. Die Wohnung des Bevollmächtigten Mittelbauer ist von heute ab: Nachstr. 49, Wöhrd, 2. Etcd. Alle Briefe und Sendungen sind dorthin zu richten.

Offenbach a. M. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 9. November, in den Räumen der „Stadt Heilberg“, Familienabend mit Tanz stattfindet. Anfang Abends 8 Uhr. Eintrittskarten im Vorverkauf 10 J.

an der Kasse 20 J. Die Kollegen haben sich durch ihr Mitgliedsbuch zu legitimieren. Ploßau. Sonnabend, den 2. November, Abends 8 Uhr, bei Schreiber, Feldstraße, Mitglieder-Versammlung. Sonnabend, 9. November, kein Tagelabend.

Schnitzing Doss. Sonntag, 10. November, Vormittags 10 Uhr, bei Jachant in Schnitzing, Generalversammlung. Schöneberg. Sonnabend, 2. Novbr., Abends 8 Uhr, im Lokal, Brunnenstr. 110, Mitglieder-Versammlung. Die technisch-wirtschaftliche Revolution der Gegenwart und ihre Wirkungen auf die Arbeiterklasse. Referent: Kollege G. Hofmann. Verhandlungsangelegenheiten. Sämtliche Mitgliedsbücher werden zur Revision eingeleitet.

Schwab. Hall. Mit Genehmigung des Vorstandes wird seit 1. Okt. von unserem Kassier J. Lantke, Schlossergasse, Mithrasunterstützung anbezahlt. Unsere Versammlungen finden alle 14 Tage im Lokal statt. Nächste am 2. November.

Schwennungen. Samstag, 2. Novbr., Abends 8 Uhr, in der „Linde“, Mitglieder-Versammlung. Bericht über die Delegiertenkonferenz vom 20. Oktober, die zu Triebberg abgehalten wurde.

Stuttgart. (Allg.) Samstag, 2. November, bei G. Welsch, Mitglieder-Versammlung. Vortrag von Genosse Balluf über: Die Verbrechen, deren Ursache und Strafe. — Laut Versammlungsbeschluss vom 10. Oktober wird das Versammlungslokal in das „Gnähhaus zum „Stroh““ verlegt, und findet dorthelbst am 16. November die erste Versammlung statt.

Wolfenbüttel. Sonnabend, 9. Novbr., Abends halb 9 Uhr, in der „Domshänke“, Versammlung.

Zerbst. Sonnabend, den 9. November, Abends 8 Uhr, bei Herrmann, Jüdenstraße, Mitglieder-Versammlung. Es wird ersucht, an dieser Versammlung sämtliche Mitgliedsbücher, behufs Abmeldung, mitzubringen.

Freie Vereine.

Glauchau. (Metallarbeiter-Verein.) Sonnabend, 9. Novbr., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. — Nachfeier vom Sitzungsfest.

Öffentl. Versammlungen.

Aachen. Montag, 4. Nov., Abds. halb 9 Uhr, öffentliche Gewerkschaftskartell-Versammlung im „Goldenen Thor“. Der Werth der Gewerkschaftsorganisation. Referent: Gen. Hofrichter-Rölin. Bericht des Kartells.

Dresden. A. Sonnabend, 2. Nov., Abds. halb 9 Uhr, öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im „Tranon“. Die Entwicklung der Klassenverhältnisse zwischen Arbeiter und Unternehmer. Allgemeine Gewerkschaftsangelegenheiten. — Dienstag, 12. Nov., Familienabend. Karten können von den Zeitungsboten und Sonnabends im Zahllokal entnommen werden.

München. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 9. Nov., Abds. 8 Uhr, öffentliche Versammlung mit Vortrag im „Gambrius“, Sendlingerstr. 19.

Stettin Centr. Sonnabend, 2. Novbr., bei Herrn Burow, Hofgarten 6, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.

Anzeigen.

Nachrufe.

Am 20. Oktober starb nach zweitägiger Krankheit unser Mitglied, der Sternmacher

Hermann Bauer. Wir verlieren an ihm ein treues und fleißiges Mitglied. Ehre seinem Andenken. Ortsverwaltung Hagsfeld.

Freiwillig aus dem Leben schied unser Kollege, der Gelbhäuter

Fritz Grewan im Alter von 54 Jahren wegen langwieriger Krankheit. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Mehrere Leipziger Metallarbeiter.

Am 14. Oktober starb unser treuer Kollege,

Wilhelm Flaxmeyer, an der Proletarierkrankheit. Wir werden ihm ein bleibendes Andenken bewahren. Verwaltungsst. Schnitzing-Doss.

Wer Auskunft über den Aufenthalt des Stenographen Karl Walter aus Nürnberg gegen kann, ist darum gebeten. Briefe an die Exped. Auslagen werden vergütet.

Der den Aufenthalt des Schlossers Wilhelm Dangelmann, geb. am 3. Dezember 1867 zu Giesend, kennt, wird auf Wunsch seiner Mutter um Mitteilung desselben gebeten.

Verwaltungsstelle Eisenach.

Wir fordern den Schlosser Hermann Witten aus Dögow, den Schlosser Antonius Hilba aus Welfreg und den Gelbhäuter Heinrich Lorenz aus Gersdorf auf die aus unserer Bibliothek entlehnten Bücher uns sofort wieder zuzuführen.

Ortsverwaltung Müllroth.

Der Leipziger Jünger, Buch Nr. 90797, wird ersucht, das von der Bibliothek entlehene Buch Nr. 893 wieder zurückzugeben. Es wird gebeten, H. darauf aufmerksam zu machen.

Die Bibliothekskommission Hannover.

Der Schlosser Otto Dentschel, Buch Nr. 55351, wird ersucht, seine Adresse an Unterzeichneten gelangen zu lassen. Die Ortsverwaltung wird gebeten, denselben hierauf aufmerksam zu machen.

D. Wollenberg, Leipzig, Müllengasse 5, 11.

Die Kesselschmiede Peter und Jean Deobald, Nr. 61 100 und 69 625, werden hermit aufgefordert, ihren Verpflichtungen gegenüber der Sektion der Schmiede Nürnberg baldmöglichst nachzukommen.

Verwaltung der Sektion d. Schmiede Nürnbergs

Die Kollegen: Johann Freund aus Mannheim und Oskar Hofmann aus Röhndel b. Berlin, werden einer wichtigen Angelegenheit wegen ersucht, ihre Adressen sofort ihrem Freunde Emil Joch, Oberstein, Ackerstr. 2, mitzutheilen. Die Kollegen wollen ev. G. und S. darauf aufmerksam machen.

Ortsverwaltung Oberstein.

Der Schlosser Louis Kern, Nr. 75558, geb. am 3. Novbr. 1866 zu Kalkenbriesewig, eingetretten am 21. April 1894 zu Karlsruhe, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen, auch der Verbandsherberge gegenüber, nachzukommen. Die Kollegen werden um Mitteilung der Adresse des R. gebeten.

Ortsverwaltung Regenoburg.

Der Former Gottfried Herrmann von Oberburg (Schweiz) und der Fellenhauer Christian Barth von Kalmbach (Württ.), werden um Einsendung ihrer Adressen ersucht.

Verwaltungsstelle Jähr.

Gesucht

Heft 41 der „Neuen Zeit“, 9. Jahrgang. Bestiger wollen dasselbe gegen Nachnahme senden an die

Verwaltungsstelle Solingen.

Ein tüchtiger Schreiber (deutsch), am liebsten verheiratet, findet bei sofortigem Eintritt dauernde Beschäftigung.

Fr. Meißmann, Fellenhauermeister, Magdeburg-Sudenburg.

Die den Formern Emil Brandt und Wilhelm Barwig in Elbing zugefügte Beleidigung nehme ich hiermit abbittend zurück.

Otto Horst, Metallarbeiter in Elbing.

Tüchtige Monteure für Dampfmaschinen sowie Kühlanlagen finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung in der Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft Nürnberg

Empfehle mich den Kollegen im Anfertigen von hochfeinem Formwerkzeug. F. Schneckenburger, Halle a. S., St. Ulrichstr. 36.

Reise-Handbuch für wandernde Arbeiter. Mit 3 Karten, geh. Mark 1.50. Durch J. Schorm, Nürnberg u. alle Buchhandl.